

Journalistic Text-Reuse und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

„Man darf das ‚Neu‘ als Euphemismus für ‚gar nicht‘ verstehen“*

Erlangen, den 08.10.2021

Seminararbeit für das Modul Hauptseminar Theoretisch/Praktisch
Sommersemester 2021
Leitung: Prof. Dr. Stefan Evert

Vorgelegt von: Eva-Maria Huber, 22305138
Timm Weber, 21814972

Lehrstuhl für Korpus- und Computerlinguistik
FAU Erlangen-Nürnberg

*siehe Marc-Uwe Kling, 2013, <https://www.youtube.com/watch?v=mf3uKTdozfA>

Erklärung zur selbstständig verfassten Arbeit

Hiermit erklären wir an Eides statt, dass wir die vorliegende schriftliche Seminararbeit „Journalistic Text-Reuse und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ausschließlich im Rahmen des Seminars Hauptseminar Verschwörungstheorien und Social Media Monitoring an der FAU Erlangen-Nürnberg SoSe 2021 selbstständig verfasst und keine anderen als die von uns im Literaturverzeichnis angegebenen Werke/Hilfsmittel benutzt haben. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinne nach entnommen sind, wurden in jedem Fall unter Angabe der Quellen (einschließlich des World Wide Web und anderer elektronischer Text- und Datensammlungen) kenntlich gemacht.

Dies gilt auch für beigegebene Zeichnungen, bildliche Darstellungen und dergleichen.

Wir haben weder Geld von Gesamtmetall noch vom Bündnis 90/Die Grünen erhalten. Außerdem wollen wir niemandem verbieten, schöner zu wohnen oder mit 63 abschlagsfrei in Rente zu gehen.

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname in Druckbuchstaben)

(Unterschrift der Verfasser der Seminararbeit)

Inhaltsverzeichnis

1. Motivation und Zielsetzung	1
2. Hintergrund zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	1
2.1. Gründungskontext der INSM	1
2.2. Die Finanziers der INSM und ihre Interessen	2
2.3. Inhalte, Auftreten und Tätigkeit der INSM	3
2.4. INSM und Bundestagswahl 2021	6
2.5. Strategische Ausrichtung und Zusammenspiel mit anderen Institutionen	7
2.6. Lobbying und PR	8
2.7. Rahmenbedingungen des Journalismus	8
3. Journalistic Text-Reuse	9
3.1. Definition	9
3.2. Detektion von Text-Reuse	10
3.3. Forschungsstand zum Journalistic Text-Reuse	10
4. Datengrundlage des Projekts	11
4.1. Aufbau eines Korpus	11
4.2. Zusammensetzung	12
5. Verfahren	13
5.1. Grober Überblick	13
5.2. Textmetrikmodul	14
5.2.1. Ngram Overlap nach Clough et al.	14
5.2.2. Modified Ngram Overlap nach Nawab et al.	14
5.3. Classifier, Training, Evaluation	15
5.3.1. Verwendete Trainingsdaten	16
5.3.2. Training der Classifier	17
6. Ergebnisse und Interpretation	18
6.1. Interpretation	20
6.1.1. Modell 1	20
6.1.2. Modell 2	20
6.1.3. Modell 3	21
6.1.4. Modell 4	21
6.1.5. Modell 5	21
6.2. Evaluation	21
7. Fazit und Ausblick	22
Literatur	24
A. Schreibbeteiligung der Autoren	27
B. Danksagungen	27
C. Programmcode und Daten	28

D. True Positive Classifier-Matches	28
D.1. Modell 1	28
D.1.1. 2.json	28
D.1.2. 3.json	30
D.2. Modell 2	33
D.2.1. 10.json	33
D.2.2. 19.json	36
D.2.3. 20.json	41
D.2.4. 29.json	43
D.2.5. 184.json	47
D.2.6. 185.json	50
D.2.7. 190.json	52
D.2.8. 191.json	55
D.2.9. 193.json	58
D.3. Modell 5	62
D.3.1. 2.json	62
D.3.2. 3.json	66

1. Motivation und Zielsetzung

Verschwörungstheorien sind oft dadurch gekennzeichnet, dass sie eine wie auch immer geartete verborgene Herrschaft einer geheimen Elite postulieren, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in ihrem Sinne beeinflussen. Diese Erzählungen lenken im Regelfall den Blick von den wirklich Reichen und Mächtigen ab, deren Existenz und Interessen kein Geheimnis sind. Auch diese nutzen häufig mehr oder weniger verdeckte Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen, sind jedoch in der Regel nicht zwingend darauf angewiesen. Eine ohne Frage sehr mächtige und einflussreiche Gruppe in der BRD bilden die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie, der wichtigsten Industriebranche dieses Landes, zu denen unter anderem Konzerne wie Siemens, VW oder Heckler&Koch gehören. Diese agieren zwar auch des Öfteren im Verborgenen, um ihre Profite zu maximieren, wie beispielsweise im Falle des VW-Abgasskandals, es ist jedoch kein Geheimnis, dass sie darüber hinaus eine der, wenn nicht gar die einflussreichste PR-Organisation Deutschlands, die sogenannte "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) betreiben.

Über die INSM wurde bereits viel publiziert und verschiedenste Formen ihrer Einflussnahme wurden untersucht. Im Regelfall agiert sie recht offen. Wie im ersten Abschnitts des Berichts aufgezeigt wird, kann gesichert festgestellt werden, dass sie einen relevanten Einfluss auf den politischen Diskurs in Deutschland im Allgemeinen und auf die Medienberichterstattung im Besonderen hat. Das tatsächliche Ausmaß ihres Einflusses ist bislang dennoch schwer nachzuvollziehen.

Im vorliegenden Projekt wollen wir daher am Beispiel der INSM testen, ob Verfahren zur Erkennung von journalistischem Text-Reuse eingesetzt werden können, um den Einfluss von PR-Akteuren auf die Medien nachzuvollziehen oder zumindest in großer Zahl Fallbeispiele zu liefern, die die weitere Forschung unterstützen.

2. Hintergrund zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

2.1. Gründungskontext der INSM

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM) besteht seit dem Jahr 2000. Für den Aufbau und die weitere Betreuung der Initiative wurde von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall) zuvor eigens eine neue PR-Agentur, die berolino.pr GmbH gegründet. Die INSM GmbH wird zu einhundert Prozent von dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW) getragen (Lobbypedia, 2021). Dieses Institut wird wiederum von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) getragen (Lobbypedia, 2020). Das Jahresbudget der INSM im Umfang von etwa sieben Millionen Euro wird jedoch alleinig von Gesamtmetall gestellt (INSM, 2021a). Schon bei ihrer Gründung war sie auf langfristige Umorientierung der Bevölkerung ausgelegt; das Budget war bereits bis ins Jahr 2010 gesichert (Speth & Leif, 2006, S. 303).

Im gleichen Zeitraum gründeten sich viele ähnliche Initiativen und Projekte. (Speth & Leif, 2006, S. 304) führen diese Entwicklung darauf zurück, dass bei der Bundestagswahl 1998 eine "rot-grüne" Koalition unter Gerhard Schröder die bisherige Koalition aus Unionsparteien und FDP ablöste, und dadurch Ängste vor möglicherweise nicht im Interesse der Arbeitgeber liegenden sozialen Reformen aufkamen. Zudem sei ein verstärktes Krisenbewusstsein aufgrund des wachsenden Globalisierungsdrucks auf deutsche Konzerne

zutage getreten. Das politische Klima langfristig zu beeinflussen, um nicht nur progressive Reformen zu verhindern sondern auch kapitalfreundliche Reformpolitik zu begünstigen, erforderte eine ausgefeilte Strategie, klaffte doch, wie es der Vorsitzende des Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbandes von NRW und INSM-Botschafter Martin Kannegger im Jahr 2003 äußerte “das, was die Bevölkerung will, und das, was die Führungskräfte in der Wirtschaft für notwendig hielten himmelweit auseinander” (Speth & Leif, 2006, S. 312).

Von Werbe- und PR-Agenturen wurden in diesem Zeitraum Initiativen wie “Deutschland packt’s an”¹ oder “Deutschland TM” mit breiter Unterstützung von Prominenten und Medienschaffenden ins Leben gerufen. Während diese recht offensichtlich PR-Kampagnen sind, gab sich der sogenannte BürgerKonvent, der von Funktionsträgern aus CDU und Wirtschaft in der Öffentlichkeit vertreten wurde, sich recht bewusst den Anschein einer spontanen Bewegung der bürgerlichen Mittelschichten. Diese und weitere Initiativen sowie die INSM schlossen sich im Jahr 2004 zur “Aktionsgemeinschaft Deutschland” zusammen. Die INSM ist als von Beginn an stärkste dieser Organisationen auch die einzige, die heute noch Relevanz hat (Speth & Leif, 2006, S. 304–307).

Trotz unterschiedlicher Aufmachung und Strategie, ist den Initiativen gemein, dass sie die Identifikation der Bürger mit dem “Standort Deutschland” stärken wollen. Es wird vermittelt, dass jede und jeder zum wirtschaftlichen Erfolg dieses Standorts beitragen kann und muss und natürlich auch selbst davon profitieren wird. Interessengegensätze, insbesondere zwischen Kapital und Arbeit, gibt es in ihren Narrativen nicht. Soziale Probleme werden vordergründig entpolitisiert und meist auf staatliche Überregulierung oder schlicht mangelnde Innovation oder individuelle Motivation zurückgeführt.

Die befürchteten sozialen Reformen der Ära Schröder blieben aus. Mit der Agenda 2010 wurde durch die “rot-grüne” Regierungskoalition ein bis dato in der BRD beispielloser Abbau von sozialer Absicherung und Arbeitnehmerrechten begonnen. Ob es die “Aktionsgemeinschaft Deutschland” für diese Entwicklung gebraucht hätte, ist fraglich. Die INSM zeigte sich zufrieden, betonte aber in den Folgejahren immer wieder, dass noch viel zu tun sei (Duwe, 2013).

2.2. Die Finanziers der INSM und ihre Interessen

Die regionalen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie sind auf Bundesebene im Dachverband Gesamtmetall zusammengeschlossen. Er stellt somit die bundesweite Vertretung der Arbeitgeber aus Deutschlands wirtschaftlich relevanter Branche dar. Mitgliedsunternehmen sind mit Volkswagen, Daimler, BMW, Siemens und Bosch beispielweise fünf der zehn Umsatzstärksten deutschen Unternehmen (Gesamtmetall, 2019).

Gesamtmetall gründete sich im Jahr 1890 laut eigener Angabe vor allem mit dem Ziel “straff koordinierte[r] Streikabwehr” und sollte die Arbeitgeberseite gegenüber den sich mittlerweile auch auf Reichsebene organisierenden Gewerkschaften stärken (Gesamtmetall, 2020). Heute sieht der Verband seine Aufgaben vor allem im Bereich der Tarifpolitik und der Beratung der Mitgliedsunternehmen. Auch die Werbung von Auszubildenden und die Vertretung der Interessen der Metallarbeitgeber in der Öffentlichkeit sowie Politikberatung werden als Aufgaben benannt (Gesamtmetall, 2021a). Da konkrete Tarifverhandlungen nicht von Gesamtmetall selbst sondern von den regionalen Verbänden geführt werden, kann die Öffentlichkeitsarbeit, u.a. rund um Tarifrunden hier als Kernaufgabe verstanden werden. Somit ist Gesamtmetall selbst schon vor allem eine Organisation für Lobbyismus und PR, die versucht, nicht nur Entscheidungsträger sondern auch die breite Bevölkerung in ihrem Sinne zu beeinflussen, beispielweise mit aufwändig produzierten Werbeclips gegen

¹<https://www.n-tv.de/politik/Jeder-kann-etwas-tun-article131580.html>, abgerufen 14.09.21 14:53

die Forderungen der Gewerkschaft IG Metall rund um Tarifrunden. Auch hier wird das Narrativ der einheitlichen Interessen der Beschäftigten und Arbeitgeber des “Standorts Deutschland”, die sich gemeinsam gegen ausländische Konkurrenten durchsetzen müssen und dabei nicht durch soziale Mindeststandards “ausgebremst” werden dürfen, bedient².

Ein Arbeitgeberverband hat die Aufgabe, bei aufgrund der kapitalistischen Konkurrenz notwendig widerstreitenden konkreten Interessen der einzelnen Mitgliedsunternehmen die gemeinsamen Interessen aller seiner Mitglieder zu vertreten (Schroeder, 2017, S. 29). Was diese sind zeigt sich beispielhaft anhand der Positionen zur Bundestagswahl 2021: starke staatliche Investitionen in die Wirtschaft bei gleichzeitig möglichst geringen Vorgaben, Abschwächung der Klimaziele, Reduktion der Sozialbeiträge, Erhöhung des Rentenalters, niedrige Lohnkosten und mehr Möglichkeiten für Befristung und Leiharbeit (Gesamtmetall, 2021b).

2.3. Inhalte, Auftreten und Tätigkeit der INSM

Die INSM bezieht sich explizit auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard, möchte es jedoch “an die Gegenwart anpassen”. So werde jedem Menschen ermöglicht “durch Ideen, Initiative und Engagement seine persönlichen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen” und “stetige Innovation — die Basis für dauerhaften Wohlstand” gewährleistet. Sie sieht sich selbst als “Impulsgeber [...] für marktwirtschaftliche Reformen, die nachhaltiges Wachstum ermöglichen” und “branchen- und parteiübergreifende Plattform”, die allen, “die sich der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen” offensteht (INSM, 2021a).

Bereits aus dem Selbstverständnis wird ersichtlich, dass die INSM bemüht ist, sich ideologiefrei und um das Wohl Aller besorgt zu geben. Die Bezeichnung “Plattform” suggeriert, das hochprofessionelle Produkt einer Werbeagentur sei eine offene Bewegung. Der Begriff der “sozialen Marktwirtschaft” ist in einem breiten politischen Spektrum positiv konnotiert und wird meist eher mit dem ersten als dem zweiten Wortbestandteil in Verbindung gebracht. So schreibt Prof. Dr. Renate Köcher in einer Publikation der INSM zur Bundestagswahl 2021 (INSM, 2021d, S. 17):

“Die Vorstellungen der Bürger, was eine Soziale Marktwirtschaft im Kern ausmacht, sind auf das Soziale fokussiert, deutlich weniger auf andere essenzielle Bestandteile wie unternehmerische Freiheit und möglichst wenig staatliche Interventionen. Die Bevölkerung assoziiert mit Sozialer Marktwirtschaft vor allem das soziale Netz, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, sichere Arbeitsplätze, eine wirksame Vertretung von Arbeitnehmerrechten und die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen; all das gehört für die große Mehrheit unbedingt zu einer Sozialen Marktwirtschaft. Dagegen halten nur 36 Prozent in einer Sozialen Marktwirtschaft unternehmerische Freiheit für essenziell, 33 Prozent Eigeninitiative, 32 Prozent einen begrenzten Einfluss des Staates auf die Wirtschaft.”

Die INSM bezieht sich selbst auf den Ordoliberalismus als theoretische Grundlage. In dessen gesellschaftlichem Modell “gewährleistet ein starker Staat als Garant der Wirtschaftsordnung die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs freier Märkte” wobei “Sozialgedanke und Leistungsprinzip, Ordnungsauftrag und Dezentralismus [...] zum Besten der Gesellschaft miteinander verbunden [werden]”. Sie ordnen auch Ludwig Erhardt, der gemeinhin als Schöpfer der deutschen Sozialen Marktwirtschaft gilt, in dieser Denkschule ein (INSM, 2015). Kritische Wissenschaftler wie (Speth & Leif, 2006, 312f) widersprechen dieser Selbsteinordnung der Initiative. Sie beschreiben die programmatischen Hauptfor-

²siehe zum Beispiel den Clip zur Tarifrunde Metall und Elektro 2016, <https://www.youtube.com/watch?v=MZCLhYZytq0>

derungen der Initiative zum Zeitpunkt der Publikation folgendermaßen: Abbau von arbeitsmarktpolitischen Regulierungen und Arbeitnehmerrechten zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, mindestens teilweise Umstellung der Rente auf Kapitaldeckung, Abbau sozialer Absicherung, Abbau von Subventionen, Steuersenkungen und “Beschränkung des Staates auf Kernaufgaben”, die nicht weiter definiert werden. Aus heutiger Sicht kann wohl die Abmilderung von Klimazielen verbunden mit Innovation und Investitionen als einziger Weg zu ihrer Erreichung als weitere Hauptforderung ergänzt werden. Auf Basis dieser Hauptforderungen schließen die Autoren “Es ist also nicht der Ordoliberalismus [...], in welchem der Staat einen Rahmen für wirtschaftliches Handeln schaffen und den Wettbewerb mit marktkonformen Mitteln erhalten will, das Theoriefundament der Initiative, vielmehr sind es neoliberalen Positionen.” (Speth & Leif, 2006, S. 313). Wie so oft werden hier keine theoretischen Merkmale des “Neoliberalismus” genannt, sondern auf das “neoliberalen Programm” verwiesen, das “in den USA, in Großbritannien oder Neuseeland [...] in Politik umgesetzt wurde” (Speth & Leif, 2006, S. 312).

In vergleichbaren Publikationen sowie im allgemeinen Sprachgebrauch wird Neoliberalismus häufig synonym mit Marktradikalismus als eine wirtschaftspolitische Position verstanden, die sich vor allem dadurch auszeichne einen möglichst schlanken Staat zu fordern, während der Ordoliberalismus sich wie oben gezeigt explizit positiv auf den Staat als Garant der Marktwirtschaft bezieht. Blickt man in wirtschaftswissenschaftliche Nachschlagewerke, so werden die Begriffe jedoch meist synonym oder hyperonym definiert. Im “Wirtschafts-Lexikon” (Rittershofer, 2009) wird etwa unter “Neoliberalismus” nur auf den Eintrag zu “Ordoliberalismus” verwiesen. Im “Wirtschaftslexikon” (Woll, 2008) wird Ordoliberalismus als eine Spielart des Neoliberalismus bezeichnet. Zwar gibt sich die INSM, wie in den folgenden Abschnitten immer wieder deutlich werden wird, gerne betont staatskritisch und fordert lautstark Verschlankungen aller Art, daraus sollte jedoch nicht der Schluss folgen, sie würde sich gegen jegliche staatliche Eingriffe in die Wirtschaft aussprechen. Zwar arbeitet sie gerne mit Narrativen wie dem von freiem Wettbewerb und Innovation als Lösung aller Probleme, bezieht sich jedoch immer wieder explizit positiv auf Kurzarbeitergeld und ähnliche Einrichtungen (siehe z.B. INSM, 2020a). Sie fordert zwar, wie von Speth und Leif ausgeführt, lautstark Subventionsabbau (siehe z.B. INSM, 2011b) und protestierte gegen die Ausgestaltung der Rettung der Lufthansa (Schabl & Siemon, 2018), zur sogenannten Abwrackprämie oder auch den staatlichen Hilfen für Mitgliedsunternehmen wie VW im Zuge der Coronapandemie sind jedoch keine Statements zu finden und auf Anfrage würde sicherlich keine Ablehnung dieser Verstöße gegen die “Freiheit des Marktes” geäußert, liegen diese doch im Interesse der Geldgeber. Hochtechnisierte Industrie in einer komplexen, störungsanfälligen Weltwirtschaft wäre schlecht beraten, würde sie sich rein auf die “unsichtbare Hand des Marktes” verlassen und ist auf einen Staat angewiesen, der sehr wohl in die Wirtschaft eingreift, dies aber in ihrem Interesse tut. Dies offen zuzugeben würde jedoch das Vertrauen in die Wirtschaft, das Kräfte wie die INSM stärken möchten, schädigen und ihren Einsatz für die Freiheit nicht mehr als Frage grundlegender Positionierung in einem Spannungsfeld zwischen mehr oder weniger staatlichen Eingriffen erscheinen lassen, sondern offenlegen, dass es eben um die Freiheit einer Interessensgruppe geht, unter den gegebenen historischen Bedingungen möglichst große Profite zu machen.

Die INSM nutzt vielfältige, mal offene, mal verdecktere Mittel, um ihre Inhalte zu verbreiten. Sie versendet meist mehrfach pro Monat Pressemitteilungen, die auf ihrer Website öffentlich einsehbar sind³. Dort finden sich darüber hinaus Stellungnahmen, Broschüren, Bücher und Ergebnisse von Studien und Umfragen, die die INSM bei verschlie-

³<https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen>, abgerufen 16.09.21 19:15

densten Instituten in Auftrag gibt, die aber meist von der Muttergesellschaft, dem IW stammen⁴⁵. Die INSM wirft ihre Positionen jedoch nicht einfach auf den “Markt der Ideen”, damit sie sich gegen andere Pressemitteilungen und Statements durchsetzen, sondern schaltet auch in großem Stil bezahlte Anzeigen in großen Zeitungen und Magazinen. Außerdem macht sie die Übernahme ihrer Positionen attraktiv, indem sie Themenvorschläge für Redaktionen, fertig produzierte Audio- und Videobeiträge oder Motive für Bildagen-turen bereitstellt (Speth & Leif, 2006, 308f). Offizielle Botschafter aus Wirtschaft und Politik⁶ und Prominente, die als Sprecher gewonnen werden (Speth & Leif, 2006, S. 309) sorgen für zusätzliche Glaubwürdigkeit und Nachrichtenwert, häufig auch ohne dass der Einfluss der INSM klar erkennbar ist (Speth & Leif, 2006, S. 310). Journalisten, die allzu kritisch über die INSM berichten, müssen mit Beschwerden bei der jeweiligen Chefredak-tion oder sogar dem Rundfunkrat rechnen (Speth & Leif, 2006, S. 311). Die INSM richtet eine Vielzahl von Veranstaltungen, wie Webinare, Podiumsdiskussionen oder Pressekon-ferenzen, häufig mit Partnern aus den Medien, aus⁷. Als aktuelles Beispiel wären die WELT-Wahldebatten zur Bundestagswahl 2021 zu nennen, in deren Rahmen Politiker der verschiedenen Parteien nach ihrer Haltung zur sozialen Marktwirtschaft befragt werden⁸. Offizielle Kooperationen mit Medien gibt es aber auch in Form gemeinsam produzierter Beilagen, interaktiver Rechner oder von Wettbewerben (Speth & Leif, 2006, S. 311).

Ein Beispiel für die vielfältigen Wege der INSM, ihre Botschaften in den Medien zu platzieren, wurde im Jahr 2005 bekannt. Die Produktionsfirma der ARD-Serie “Marien-hof” erhielt im Jahr 2002 58.760€ von der INSM dafür, ihre Inhalte in insgesamt sieben Folgen der Serie zu vermitteln. Darin wird z.B. dargestellt wie eine junge Frau schockiert davon ist, dass von ihrem Brutto so wenig übrig bleibt. Ihr Chef bedauert dies ebenfalls, kann daran aber nichts ändern, denn sie in Schwarzarbeit anzustellen würde ihm Schwie-rigkeiten machen. Die Höhe des Bruttogehalts steht natürlich nicht zur Debatte. Darüber hinaus werden die Vorteile von Leiharbeit und Überstunden angepriesen und an der fiktiven Schule wird ein Arbeitskreis “Schule und Wirtschaft” gegründet. Ziel sei es laut INSM gewesen, “Grundkenntnisse über unsere Wirtschaftsordnung [...] ideologiefrei” zu vermitteln (Lobbycontrol, 2005).

Während diese Einflussnahme im Verborgenen stattfand und erst im Nachhinein an die Öffentlichkeit gelangte, setzt die INSM auch auf medienwirksame Provokationen wie im Januar 2013, als sie Politikern Voodoo-Puppen zuschickte, um sie vor “vergifteten” Wahlversprechen zu warnen (Brinkmann, 2013). Auch vor der Bedienung unwissenschaftlicher Narrative der extremen Rechten schreckt sie nicht zurück, beispielsweise in der Verwendung des Begriffs “EUdSSr” für die Europäische Union (ebd., Originalartikel der INSM wurde gelöscht; zur Verwendung in der extremen Rechten siehe beispielsweise⁹.

Die INSM versucht die öffentliche Meinung jedoch nicht nur vermittelt ihrer eige-nen Kommunikation oder über die Medien zu beeinflussen. Über das Portal Wirtschaft und Schule wird Lehrern kostenloses Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt. Auf dem Portal selbst wird nur auf die Urheberschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft ver-wiesen¹⁰, während sich die INSM auf ihrer eigenen Seite dazu bekennt (INSM, 2011a) und kritische Beobachter es als Projekt der INSM auflisten (Lobbypedia, 2021). Dies verleiht dem Projekt ein objektiveres, wissenschaftliches Antlitz als der mittlerweile doch recht

⁴<https://www.insm.de/insm/publikationen/umfragen>, abgerufen 16.09.21 19:42

⁵<https://www.insm.de/insm/publikationen/studien>, abgerufen 16.09.21 19:42

⁶<https://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/kuratoren-und-botschafter>, abgerufen 20.09.21 14:56

⁷<https://www.insm.de/insm/presse/insm-veranstaltungen/2021>, abgerufen 20.09. 15:06

⁸<https://www.welt.de/politik/deutschland/wahldebatte/>, abgerufen 20.09. 15:08

⁹Deutsche sind die Ärmsten in der EUdSSr, abgerufen 20.09.21 15:36

¹⁰<https://www.wirtschaftundschule.de/ueber-uns/>, abgerufen 20.09.21 15:44

bekannte und teilweise negativ besetzte Name Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

2.4. INSM und Bundestagswahl 2021

Die INSM widmet dem Bundestagswahlkampf aktuell (September 2021) ihr Hauptaugenmerk. Da sie sich als überparteilich versteht, werden keine expliziten Wahlempfehlungen für einzelne Parteien ausgesprochen. In einer Erklärung, die den Begriff der Ränder bewusst offen lässt, wird sich für die politische Mitte ausgesprochen, deren Zugehörigkeit natürlich durch ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft definiert wird (INSM, 2021b). Die inhaltliche Schlagrichtung der Arbeit zur Bundestagswahl deckt sich weitgehend mit den Forderungen von Gesamtmetall. Betrachtet man das von der INSM zur Bundestagswahl veröffentlichte E-Paper (INSM, 2021d), zeigt sich folgendes Narrativ: Der deutschen Wirtschaft und den Beschäftigten geht es gut, Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimakrise, Demografischer Wandel und Staatsverschuldung müssen jedoch bewältigt werden. Die Parteien unterscheiden sich im Grundsatz darin, ob sie dies durch mehr oder durch weniger Einfluss des Staates auf die Wirtschaft lösen wollen. Ein stärkerer Einfluss des Staates auf die Wirtschaft bedeutet für die INSM, „dass der Staat vorschreibt, was Bürgerinnen und Bürger zu tun haben.“ (INSM, 2021d, w). Letztere Kräfte sieht die INSM bei SPD, Grünen und Linken am Werk. Zugleich wird jedoch konstatiert, dass die letzten Jahre unter CDU/CSU-geführten Regierungen bereits ein Trend von Regulierung und Umverteilung vorgeherrscht hätte, der einen Kurswechsel erforderlich mache (INSM, 2021d, S. 19). Am Rande werden Forderungen nach Ausweitung der täglichen Maximalarbeitszeit (INSM, 2021d, S. 14), Abschaffung des Lieferkettengesetzes (INSM, 2021d, S. 14) oder Erhöhung des Renteneintrittsalters (INSM, 2021d, S. 19) eingestreut. Die Forderung nach Abschaffung des Mindestlohns (INSM, 2020b) findet sich weder im E-Paper noch in der sonstigen offensiven Kommunikation der INSM.

Schlagzeilen machte die INSM in diesem Bundestagswahlkampf mit einer großflächigen Anzeigenkampagne gegen reale oder vermeintliche Forderungen der Grünen, bzw. ihrer Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock. Unter dem Titel „Wir brauchen keine Staatsreligion“ erschien am 11.06.2021 eine großflächige Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, dem Tagesspiegel und dem Handelsblatt. Diese zeigt Annalena Baerbock in biblisch anmutenden Gewändern mit Steintafeln auf denen beispielsweise steht „Du darfst nicht fliegen“, „Du darfst keinen Verbrennermotor fahren“ oder „Du darfst nicht schöner wohnen“ (siehe Abbildung 1).

Diese Kampagne richtet sich weniger an potenzielle Wähler der Grünen, da diese eher nicht auf diese Art und Weise angesprochen werden und tendenziell andere Medien konsumieren. Viel mehr wird damit eine Botschaft an die Partei gesendet, dass gewisse Forderungen in mächtigen Wirtschaftskreisen ungern gesehen werden und auf den Prüfstand gestellt werden müssen (Ny whole & Schmidt, 2021, 6:50-7:30). Durch die Brandmarkung vergleichsweise moderater Positionen als extremistisch oder religionsartig wird darüber hinaus der allgemeine Diskurs rund um die Wahl und damit auch die Ausrichtung der künftigen Regierung und der Parteien im Sinne der INSM nach rechts verschoben (Ny whole & Schmidt, 2021, 7:25-7:40). Es geht also im Sinne der strategischen Ausrichtung der INSM weniger um die Beeinflussung des konkreten Wahlverhaltens.



Abbildung 1: INSM-Anzeigenkampagne gegen Annalena Baerbock¹¹

Die Angst vor dem alles kontrollierenden Staat wird von der INSM und ähnlichen Kräften gerne genutzt um sich als Hüter der Freiheit zu profilieren. Dabei ist sie, wie oben gezeigt, keineswegs gegen alle Eingriffe in die Wirtschaft und bringt dies auch im Kontext der Bundestagswahl zum Ausdruck. Kurzarbeitergeld (INSM, 2020a) wird explizit positiv bewertet, kräftige Investitionen (INSM, 2021c) und der Verzicht auf die Rückzahlung staatlicher Hilfen (INSM, 2021d, S. 19) gefordert. Der staatliche Rückgriff auf die Sozialkassen zur Stabilisierung vorübergehend schlechter aufgestellter Unternehmen wird also als freiheitlich bewertet. Ebenso stellen Hartz-IV-Sanktionen und Zwangsräumungen anders als der Mindestlohn für die INSM keinen Eingriff in die Freiheit der Bürger dar. Staatliche Förderung von Unternehmen ist mit der sozialen Marktwirtschaft und dem freien Markt vereinbar, von diesen höhere Steuern zu verlangen jedoch nicht.

2.5. Strategische Ausrichtung und Zusammenspiel mit anderen Institutionen

Die INSM nimmt primär auf die Felder Arbeitsmarkt-, Sozial-, Fiskal- und Bildungspolitik Einfluss im Sinne ihrer Finanziers (Speth & Leif, 2006, S. 312). Dabei setzte die beauftragte Werbeagentur "die eher vage Vorstellung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, in der Öffentlichkeit für marktwirtschaftliche Ideen zu werben, in das Projekt INSM um" (Speth & Leif, 2006, S. 307). Dabei wird ihr bewusst eine relativ hohe Eigenständigkeit zugebilligt, soll sie doch nicht nur das Tagesinteresse der Arbeitgeber bedienen, sondern eher die Rahmenbedingungen für deren Durchsetzung verbessern (Schroeder, 2017, S. 45).

¹¹Grüne Verbote - INSM, abgerufen 20.09.21 18:49

Diese langfristige Überzeugungsarbeit liegt bei der INSM, während Gesamtmetall vor allem konkrete politische Auseinandersetzungen, primär im Rahmen von Tarifrunden und in Gegnerschaft zur Gewerkschaft IG Metall, politisch begleitet (Speth & Leif, 2006, S. 313). Zur Erfüllung dieser langfristigen Aufgabe ist es notwendig, nicht offen als Arbeitgebervertretung aufzutreten. Die Öffentlichkeit soll von der allgemeinen Notwendigkeit arbeitgeberfreundlicher Reformen überzeugt werden, indem sie nach dem TINA-Prinzip (there is no alternative, auf Deutsch nach Angela Merkel "alternativlos") als zwingend notwendige, einzig vernünftige Lösung für soziale Probleme dargestellt werden, wobei meist vor allem die Richtung und nicht die konkrete politische Umsetzung im Fokus steht. Über diese Verschiebung der öffentlichen Meinung soll Druck auf die Politik ausgeübt werden (Speth & Leif, 2006, 312f). Auch wenn sie sich selbst schon als "bürgerliche Apo" (außerparlamentarische Opposition, meint meist insbesondere die linken Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre) bezeichnete und von Kritikern ironisch "Apo des Kapitals" genannt wird, verzichtet die INSM dabei jedoch auf direkte, aktionsorientierte Mobilisierung der Bevölkerung (Schumann, 2004; Speth & Leif, 2006, S. 313). Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, braucht die INSM neben einem großen Etat und scheinbarer Objektivität wissenschaftliche Ergebnisse, auf die sie ihre PR stützen kann. Diese wird zu einem großen Teil vom IW geliefert, es wird jedoch auch auf Wirtschaftswissenschaftler aus dem Botsschafterkreis der Initiative oder extern eingekaufte Expertise gesetzt (Speth & Leif, 2006, S. 308). Für wissenschaftliche Glaubwürdigkeit sorgt zudem der Ökonomenblog¹².

2.6. Lobbying und PR

Lobbyismus wird im Allgemeinen als etwas angesehen, das im Verborgenen passiert. Im sprichwörtlichen Hinterzimmer soll Einfluss auf Entscheidungsträger im Sinne eines bestimmten Einzel- oder Gruppeninteresses genommen werden. Diese Einflussnahme gibt es vermutlich schon so lange wie es Entscheidungsträger gibt. Speth und Leif konstatierten in ihrer 2006 erschienenen Veröffentlichung zur INSM als Beispiel für Lobbying und PR eine neue Entwicklung: Lobbyisten versuchen zunehmend, auch die öffentliche Meinung strategisch zu beeinflussen, betreiben also PR, um neben der klassischen Lobbytätigkeit auch über diese vermittelt Druck auf politische Entscheidungen auszuüben. Anders als im Lobbyismus geht es hier weniger um den Einfluss auf konkrete sachliche Entscheidungen sondern primär um die Beeinflussung der allgemeinen Stimmung im Sinne der Auftraggeber über das Setzen von Themen und Narrativen in den Medien (Speth & Leif, 2006, 302f). Beide Formen der Einflussnahme sind dabei keine Zeichen einer "Neuen Weltordnung" oder der Abschaffung des parlamentarischen Systems, sondern gehen ganz im Gegenteil davon aus und sind darauf angewiesen, dass ihre Adressaten, seien es Politiker oder Journalisten, eine relative Selbstständigkeit besitzen. Besäßen sie diese nicht wäre die Einflussnahme entweder überflüssig oder zwecklos. PR ist darüber hinaus auf die Glaubwürdigkeit der Medien angewiesen, die sie zu ihrer Verbreitung nutzt. Dadurch sind ihrem Erfolg Grenzen gesetzt, da sie stets Gefahr läuft, diese bei einer zu erfolgreichen Einflussnahme zu vernichten (Kocks, 2003, 350f).

2.7. Rahmenbedingungen des Journalismus

Wurde im vorherigen Abschnitt von einer relativen Selbstständigkeit gesprochen, so liegt dies daran, dass es auch in der pluralistischsten Gesellschaft unter kapitalistischen Vorzei-

¹²INSM - ÖkonomenBlog, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (insm-oekonomenblog.de), abgerufen 23.09.21 18:14

chen Zwänge gibt, denen Journalisten und Medien nicht entkommen: privatwirtschaftliche Medienunternehmen müssen Profit erwirtschaften, um weiterhin bestehen zu können und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss mit begrenzten Mitteln wirtschaftlich haushalten. Aus dieser grundlegenden Restriktion entwickelte sich in den letzten Jahren ein verstärkter Trend zur Externalisierung von Redaktionskosten, der vorproduziertes PR-Material höchst attraktiv erscheinen lässt und eine aktive Nachfrage danach hervorbringt (Kocks, 2003, S. 351). Die INSM bedient diese, gerne auch mit dauerhaften Mediennpartnerschaften. Sinkende Nachfrage nach Werbung, die einen großen Teil der Finanzierung ausmacht, steigert darüber hinaus die Abhängigkeit von finanzstarken Anzeigenkunden wie der INSM (Speth & Leif, 2006, S. 309).

Darüber hinaus steigt der Effizienzdruck auf den einzelnen Journalisten, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Inhalte zu produzieren, wodurch meist mit nur einer Quelle gearbeitet wird. Die zunehmende Prekarisierung und Konkurrenz Medienschaffender führt zudem dazu, dass sich einige nebenerwerbsmäßig selbst in der PR betätigen und die Übernahme prestigeträchtiger Aufträge für INSM und Co. oder die Teilnahme an von ihnen ausgerichteten Wettbewerben und Vernetzungangeboten attraktiver wird (Speth & Leif, 2006, S. 309).

PR und (“Qualitäts-”)Journalismus können also nicht als sich gegenseitig feindlich gesinnte Pole der Medienlandschaft betrachtet werden, sondern befinden sich heute in einer gegenseitigen Abhängigkeit (Kocks, 2003, S. 351). In Anbetracht der andauernden Krise der Medienhäuser kann davon ausgegangen werden, dass sich die in der Literatur geschilderten Umstände mittlerweile noch deutlich verschärft und somit den Einfluss von PR gesteigert haben (Nymoen & Schmidt, 2021, 18:20-19:00).

Aufgrund des hier Dargelegten kann davon ausgegangen werden, dass im Untersuchungszeitraum, in dem auch ein Teil des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 fällt, in diversen großen deutschen Medien wiederholt die hier analysierten Inhalte und Narrative der INSM direkt oder indirekt, bewusst oder unbewusst, gekennzeichnet oder ungekennzeichnet übernommen wurden. Nach diesen wurde anhand des im Folgenden dargestellten Verfahrens gesucht.

3. Journalistic Text-Reuse

3.1. Definition

Vor dem praktischen Projektteil soll im Folgenden kurz auf die Definition von Text-Reuse und dem aktuellen Forschungsstand zur automatischen Erkennung von journalistischem Text-Reuse eingegangen werden.

Clough et al. (Clough et al., 2001, S. 1) liefern eine sehr breitgefasste Definition des Begriffs: „[Text-reuse is] the reuse of existing written sources in the creation of a new text.“ Diese Definition umfasst laut Clough et al. sowohl „unproblematische“ Wiederverwendung von Textmaterial, als auch das Plagiieren von Texten. Journalistischer Text-Reuse bezieht sich dabei auf die konkrete Wiederverwendung von Texten in einem Journalistischen Kontext. Dieser ist eine gängige Praxis in unserer heutigen Medienlandschaft. Große Presseagenturen wie die DPA in Deutschland oder die PA in Großbritannien liefern Meldungen und vorgefertigte Texte zu aktuellen Ereignissen, die von vielen Publikationen als Grundlage für ihre Berichterstattung benutzt werden. Diese Art von Reuse ist eine gängige Praxis in der Medienbranche, da diese sowohl zeitlichem als auch finanziellem Druck unterliegt, möglichst schnell und günstig möglichst viele aktuelle Artikel zu publizieren (Clough et al., 2001, S. 2).

Dabei übernehmen die wenigsten Zeitungen den Exakten Wortlaut der Presseagenturmeldungen. Oft werden Texte gekürzt oder ergänzt, umformuliert und stilistisch an den Schreibstil einer Publikation angepasst. Generell kann Text-Reuse nach Grad unterschieden werden: Man kann mindestens zwischen *wörtlicher* Übernahme von Quellmaterial und *veränderter* Übernahme unterscheiden. Im Journalistischen Kontext betrifft das vor allem die Veränderung des Quellmaterials durch Löschungen, Einfügungen und Ersetzungen (Clough et al., 2001, S. 2).

Clough et al. haben im Zuge des METER-Projekts so ein Rahmenwerk zur Einteilung des journalistischen Text-Reuses von Presseagenturmeldungen entwickelt. Für ein gegebenes Paar aus Quell- und Zieltexth kann man annehmen, dass dieses mindestens auf dem Dokumenten-Level in eine von drei Kategorien fällt:

- *wholly-derived* (WD): Der gesamte Text basiert auf fremdem Quellmaterial von Nachrichtendiensten
- *partially-derived* (PD): Der Text basiert zum Teil auf fremdem Quellmaterial
- *non-derived* (ND): Der Text beinhaltet kein fremdes Quellmaterial

(Clough et al., 2001, S. 2)

Alternativ können Texte noch genauer untersucht werden und einzelne Lexikalische Einheiten nach ihrem Ursprung eingeteilt werden. Für uns ist im weiteren nur das einteilen auf dem Dokumenten-Level relevant.

3.2. Detektion von Text-Reuse

Direkt relevant für unser Projekt ist die automatische Erkennung von Text-Reuse. Text-Reuse-Detection selbst hat verschiedene mögliche Anwendungen, wie z. B. automatische Plagiatserkennung, Quellennachverfolgung oder für das Erschließen historischer Textkorpora. Es existieren viele verschiedene Methoden und vor allem zur Plagiatserkennung wurde viel Publiziert, wobei solche Verfahren generell auf Metriken der Textähnlichkeit aufbauen. Texte können dabei verschiedene Dimensionen der Ähnlichkeit aufweisen und Beispiele für solche Dimensionen sind unter anderem: Lexikalische Ähnlichkeit, Syntaktische Ähnlichkeit, Semantische Ähnlichkeit oder Strukturelle Ähnlichkeit (Alzahrani et al., 2012, S. 139).

3.3. Forschungsstand zum Journalistic Text-Reuse

Das METER-Projekt von Paul Clough et al. von 2001 gilt als erstes größeres Projekt, das sich spezifisch mit dem journalistischen Text-Reuse beschäftigt hat. Im Zuge dessen wurden Korpuslinguistische Ressourcen und Methoden zur Untersuchung der Verbreitung von Presseagenturmeldungen geschafften. Das METER-Korpus ist auch heute noch einer der wenigen Goldstandards in diesem Bereich.

Die von Clough et al. benutzten Methoden zur Erkennung von Text-Reuse basieren ausschließlich auf lexikalischen Ähnlichkeitsmaßen (Clough et al., 2001, S. 3–5) und konnten mit recht einfachen Ansätzen vielversprechende Ergebnisse liefern. Seit der Veröffentlichung des ursprünglichen METER-Papers haben sich verschiedene Forscher mit der Weiterentwicklung dieser Methoden beschäftigt. Ein für uns relevantes Paper ist hier Nawab et al., 2012, da es Ngramm-Basierte Metriken für Textähnlichkeit effektiv erweitert und über die METER-Baseline verbessert. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Kritiker an diesen einfachen, aber relativ effektiven Methoden. Bär et al., 2012 kritisieren

den Fokus auf *Inhalts*-Maße und schlagen ein kombiniertes Verfahren aus vielen verschiedenen erprobten Textmaßen vor, die zusätzlich die Textdimensionen *Stil* und *Struktur* mit einschließen. Die von ihnen präsentierten Ergebnisse Stützen diese These allerdings nur zum Teil (Bär et al., 2012, S. 178).

4. Datengrundlage des Projekts

4.1. Aufbau eines Korpus

Ausgangspunkt der Untersuchung sind Korpora mit möglichen Quell- und Zieltexten. Das Quellkorpus besteht aus 152 auf der INSM-Homepage im Zeitraum November 2006 bis Juni 2021 veröffentlichten Pressemeldungen, wobei nur Texte mit einer Länge über 2500 Zeichen berücksichtigt wurden. Dieser Zeitraum geht weit über den Veröffentlichungszeitraum der untersuchten Presseartikel hinaus, da die grundlegenden Argumente und Narrative der INSM relativ stabil sind und nicht nur direkte Übernahme aktueller Pressemeldungen von Interesse sind, sondern auch Artikel gefunden werden sollen, in denen sich die Inhalte der INSM indirekt wiederfinden, hat sie doch wie oben erläutert nicht nur Einflussnahme in konkreten Fragen sondern vor allem die langfristige Beeinflussung des politischen Klimas im Blick und bearbeitet darüber hinaus ausgewählte konkrete Themen über einen längeren Zeitraum. So finden sich im Quellkorpus beispielweise Pressemitteilungen zu mehreren Studien aus verschiedenen Erscheinungsjahren, die mit größtenteils gleichbleibenden Argumenten eine Erhöhung des Renteneintrittsalters fordern.

Das Zielkorpus soll (im Rahmen des Praktikablen) möglichst umfangreich sein. Es soll die relevantesten, also reichweitestärksten Publikationen umfassen und möglichst nur Artikel beinhalten, die für Einflussnahme der INSM anfällig sind, also primär Berichterstattung zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Themen. Die Publikationen wurden anhand einer Erhebung von Statista (Statista, 2021) über die Nachrichtenseiten mit der größten Reichweite im Juli 2021 ausgewählt, wobei hier nur die überregionalen Medien berücksichtigt wurden. Da es kein standardisiertes, für alle Nachrichtenseiten anwendbares Verfahren gibt, um möglichst viele Artikel-URLs aus einem festgelegten Erscheinungszeitraum zu bekommen, seit RSS-Feeds nicht mehr geläufig sind, wurde ein Umweg über Twitter genommen. Dafür wurden die Twitteraccounts der Publikationen identifiziert, auf denen fast ausschließlich die eigenen Artikel veröffentlicht werden. Einige haben separate Accounts für bestimmte Ressorts; diese wurden mit einbezogen, wenn es sich um Wirtschaft, Finanzen oder Politik handelt. Für eine Übersicht aller Twitter-Handles siehe Tabelle 1. Die Tweets dieser Accounts im Zeitraum von Januar 2021 bis Juni 2021 wurden mithilfe des snscreapers gescrapet. Der snscreaper ist ein Python-Modul, zum einheitlichen Abrufen der Inhalte aller gängigen sozialen Medien (JustAnotherArchivist, 2021).

Sowohl die Pressemeldungen der INSM als auch die in den Tweets der Medienaccounts verlinkten Artikel wurden mit Trafilatura gescrapet. Trafilatura ist ein Python-Modul und Kommandozeilenwerkzeug, mit dem Webtexte abgerufen, von Boilerplate gereinigt und unter anderem im JSON-Format mit den zughörigen Metadaten abgespeichert werden können. Dabei können sowohl einzelne URLs als auch, wie hier angewendet, lange Listen von zu scrapenden URLs eingegeben werden (Barbaresi, 2021).

Quell- und Zieltexte sind mit ihren Metadaten in einer SQL-Datenbank gespeichert. Den Primärschlüssel bildet der von Trafilatura generierte Text-Fingerprint. Somit ist sichergestellt, dass sich kein Artikel, der beispielweise sowohl von @zeitonline als auch von @zeitonline_wir gepostet wurde, mehrfach in der Datenbank befindet.

4.2. Zusammensetzung

Medium	Twitterhandle	Anzahl Texte	Anteil an den Rohdaten
BILD	@BILD	22733	15,1%
	@BILD_Politik	4782	3,2%
FOCUS Online	@FOCUS_TopNews	11159	7,4%
	@focuspolitik	2733	1,8%
	@focusfinanzen	2101	1,4%
FAZ.NET	@faznet	9611	6,4%
	@FAZ_Wirtschaft	4231	2,8%
	@FAZ_Politik	5673	3,8%
N-TV	@ntvde	12910	8,6%
	@ntvde_Politik	184	0,1%
RND	@RND_de	12418	8,2%
RTL News	@RTLde	180	0,1%
DER SPIEGEL	@derspiegel	8793	5,8%
	@SPIEGEL_Politik	97	0,1%
STERN	@sternde	5085	3,4%
Süddeutsche.de	@SZ	9260	6,1%
Der Tagesspiegel	@Tagesspiegel	7931	5,3%
t-online	@tonline	4722	3,1%
WELT.de	@welt	10300	6,8%
ZEIT ONLINE	@zeitonline	11098	7,4%
	@zeitonline_pol	3958	2,6%
	@zeitonline_wir	827	0,6%
Summe		151.030	100%

Tabelle 1: Zusammensetzung der gesammelten Rohdaten, aufgeschlüsselt nach Publikation und Twitterhandle

Zunächst wurden so 151.030 Texte gewonnen. Unter diesen befand sich noch viel Unbrauchbares wie reine Paywall-Boilerplate-Texte oder vollständige Artikel, die aber aus irrelevanten Kategorien stammen und sich beispielsweise mit Kim Kardashians neuem Bikini befassen - einem Thema bei dem Reuse von INSM-Inhalten wohl ausgeschlossen werden kann. Daher wurden Artikel aus den Kategorien Sport, Unterhaltung, Lifestyle und Leute anhand der URL identifiziert und entfernt. Außerdem wurden alle Texte, die weniger als 2500 Zeichen enthalten, ausgeschlossen und das ungewöhnlich lange SPIEGEL-Abo-Boilerplate wurde separat abgefangen. Das bereinigte Zielkorpus ist deutlich kleiner (Tabelle 2), insbesondere von ZEIT Online sind kaum noch Artikel enthalten, da auf zeit.de alle Artikel von einer Paywall bzw. Cookie-Consent-Schranke verdeckt sind und sich im Korpus nur Texte befinden, die von anderen Publikationen aus dem ZEIT-Universum, wie etwa dem ZEIT-Blog oder ZEIT-Podcasts stammen.

Medium	Anzahl Texte	Anteil	Verwertete Rohdaten
t-online	2560	5,1%	54,2%
FOCUS Online	5247	10,6%	32,8%
DER SPIEGEL	3612	7,3%	40,6%
N-TV	3760	7,6%	28,7%
WELT.de	4048	8,2%	39,3%
BILD	3161	6,4%	11,5%
RTL News	61	0,1%	33,9%
FAZ.NET	8816	17,9%	45,2%
Süddeutsche.de	3959	8,0%	42,8%
RND	6849	13,9%	55,2%
Der Tagesspiegel	4727	9,6%	59,6%
ZEIT ONLINE	19	0,0%	0,0%
STERN	2518	5,1%	49,6%
Summe	49.337	100%	

Tabelle 2: Zusammensetzung des bereinigten Korpus, aufgeschlüsselt nach Publikation

Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, handelt es sich nicht um ein repräsentatives, ausgewogenes Korpus der deutschen Medienlandschaft. Da Ziel dieses Projekts jedoch zunächst ist, zu testen ob sich mit Verfahren zur Text-Reuse-Detection überhaupt Einflussnahme durch PR aufzeigen lässt, ist dies gegenüber dem Umfang des Korpus und der Beschränkung auf Nachrichten aus den relevanten Ressorts zu vernachlässigen.

5. Verfahren

5.1. Grober Überblick

Das Konkrete Ziel des praktischen Teils des Projekts ist, eine Klassifikationspipeline für Textpaare zu entwickeln, die in der Lage ist, Textpaare in zwei Textklassen einzuteilen. Die gewählten Klassen bauen dabei auf dem ternären Klassifikationsschema des METER-Projekts auf, reduzieren dieses aber auf zwei Klassen, eine Positiv- und eine Negativklasse. Dies liegt darin begründet, dass wir uns als erste Zielstellung für jegliche Form möglicher Derivate interessieren.

Für unseren Ansatz benötigen wir ein Verfahren, das auf Textpaare in verschiedenen Sprachen angewendet werden kann und so im Idealfall sprachunabhängig funktioniert. Als Baseline und Trainingsmaterial für den Classifier benutzen wir das METER-Korpus, das aus Paaren englischer Zeitungsartikel besteht. Eigentliches Objekt unserer Untersuchung werden aber Paare deutscher Presseartikel sein. Konkret muss der Classifier also auf englische Texte trainierbar sein, aber erfolgreich auch deutsche inferieren können.

Der konkrete Aufbau unseres Verfahrens richtet sich im Großen und Ganzen nach der von Clough et al., 2001 entwickelten Methodik, bei der Texte erst in Vektoren skalarer, algorithmisch bestimmter Textmetriken überführt und diese als Input für einen Machine-Learning-Classifier benutzt werden. Die eigentliche Klassifikation findet also am Ende der Pipeline und relativ abstrahiert von den Textdaten selbst statt. Dieser Aufbau wurde von uns bewusst gewählt, da wir uns erhoffen, dass das Verfahren so das gesteckte Ziel der Sprachunabhängigkeit erreichen kann. Diesem Ziel wäre ein Verfahren, das Textdaten oder

vektorisierte Textrepräsentationen direkt verarbeitet, wahrscheinlich hinderlich gewesen. Im Folgenden soll ein schematischer Überblick über den Aufbau der Klassifikationspipeline gegeben werden. Anschließend wird auf die einzelnen Komponenten der Pipeline genauer eingegangen.

Zum Trainieren der Pipeline wird zunächst eine Ground Truth aus den Trainingsdaten gewonnen, indem gelabelte Textpaare aus dem METER-Korpus extrahiert werden und mit dem Output unseres Textmetrikmoduls kombiniert werden. Auf dieser Ground Truth wird nun mithilfe von überwachtem klassischen maschinellen Lernen ein Klassifikator trainiert und evaluiert. Nach erfolgreichem Training kann der Klassifikator nun auf unbekannte Textpaare angewendet werden. Dazu durchlaufen die Texte das selbe Textmetrikmodul und werden mithilfe ihrer so ermittelten Maße klassifiziert.

5.2. Textmetrikmodul

Die implementierten Textmetriken orientieren sich an Clough et al., 2001 und Nawab et al., 2012. Da Nawab et al. mit einem rein N-Gramm-basierten Verfahren gute Ergebnisse erzielen konnten, beschränken wir uns ebenfalls auf zwei verschiedene N-Gramm-Maße.

5.2.1. Ngram Overlap nach Clough et al.

Clough et al. beschreiben als Baseline für das METER-Korpus ein einfaches Maß für Ngram-Overlap. Hierbei werden die tokenisierten Dokumente in Mengen von Ngrammen verschiedener Länge zerlegt und die Mächtigkeit der jeweiligen Schnittmengen von zwei Dokumenten als Maß benutzt. Für zwei Mengen von Ngrammen der Länge n $S_n(A)$ und $S_n(B)$ für die Dokumente A und B wird der mengentheoretische Containment Score C_n wie folgt berechnet:

$$C_n(A, B) = \frac{|S_n(A \cap S_n(B))|}{|S_n(B)|}$$

C_n gibt also grob gesagt die Anzahl gleicher Ngramme in beiden Mengen, skaliert auf die Größe der Ngramme in B an (Clough et al., 2001, S. 3).

Unsere Implementierung erweitert das Verfahren insofern, dass die Inputtexte nicht nur tokenisiert, sondern auch lemmatisiert werden. So sollen Unterschiede in der morphologischen Komplexität verschiedener Sprachen ausgeglichen werden. Zur Tokenisierung und Lemmatisierung werden hierbei vorgefertigte NLP-Pipelines für die jeweilige Sprache aus dem Python-Modul SpaCy verwendet (Honnibal et al., 2020).

In der konkreten Anwendung berechnen wir das Ngram-Overlap (NGO) für alle Ngramm-Längen von eins bis n und zusätzlich den Unigramm-Overlap der Hapax Legomena. Hierbei haben wir $n = 5$ angesetzt.

5.2.2. Modified Ngram Overlap nach Nawab et al.

Nawab et al. erweitern das von Clough et al. beschriebene Verfahren um modifizierte Ngramme. Aus den rohen Token- bzw. Lemma-Ngrammen werden hierbei mithilfe von einfachen Textersetzungsoperationen zusätzliche Ngramm-Typen abgeleitet. Die verwendeten Operationen sind hierbei:

- **Ersetzungen**, wobei einzelne Tokens in den Ngrammen durch Synonyme ersetzt werden. Hierbei können auch mehrere Stellen eines Ngramms durch jeweils mehrere Synonyme ersetzt werden.
- **Löschungen**, bzw. Skipgramme, wobei jeweils eine der mittleren Stellen eines Ngramms übersprungen wird.

So kann für jedes Ngramm $ngram$ eine große Menge $mod(ngram)$ an zusätzlichen Ngrammen erzeugt werden. Für jedes Ngramm der Länge n wird eine Menge von $n - 2$ Skipgrammen erzeugt. Beim Synonymersetzungsv erfahren erzeugt jedes zusätzliche Synonym in einem Ngramm eine faktoriell entsprechend höhere Menge an möglichen modifizierten Ngrammen.

Hervorzuheben ist hier, dass Nawab et al. eine andere Grundlage für den Vergleich von zwei Texten annehmen. Während beim unmodifizierten Ngram-Overlap auf Mengen aus Ngrammen operiert wird, operiert der modifizierte Ngram-Overlap auf Ngramm-Sequenzen und Ngramm-Typen können mehrfach im Input auftreten.

Das Verfahren wird nun wie folgt auf zwei Texte A und B angewendet: Der modifizierte Ngram-Overlap-Score $ModC_n$ berechnet sich nach folgender Formel:

$$ModC_n = \frac{\sum_{ngram \in B} \min(\exp_count(ngram, A), count(ngram, B))}{\sum_{ngram \in B} count(ngram, B)}$$

Hierbei ist \exp_count definiert als

$$\exp_count = \sum_{ngram' \in mod(ngram)} count(ngram', A)$$

Es wird also für jedes Ngramm in B eine Summe gebildet über die Vorkommen seiner modifizierten Formen in A , wobei als mögliches Minimum immer seine Anzahl an Vorkommen in B als Untergrenze gilt.

In unserer Implementierung werden die Texte A und B im ersten Schritt mithilfe von SpaCy tokenisiert und lemmatisiert und anschließend die modifizierten Ngramm-Overlap-Scores für $n = 1..n$ berechnet. Hierbei werden für alle n mit Synonymen modifizierte Ngramme erzeugt, indem für alle Tokens der Wortformen Nomen, Verb und Adjektiv in WordNet bzw. GermaNet Synonyme nachgeschlagen werden. Zusätzlich werden für die Ngramme mit $n > 2$ Skipgramme generiert. Dies geschieht in absteigender Ngramm-Länge damit die Skipgramme der höheren Ordnung auch als Input für Skipgramme niedrigerer Ordnung dienen können. Jede Erhöhung von n zieht so einen “Wasserfall-Effekt” an zusätzlichen Ngrammen nach sich. Dies führt in der Praxis zu einer exponentiellen Explosion der Menge an Ngrammen für den Vergleich. Ohne eine künstliche Einschränkung der maximalen Zahl möglicher modifizierter Ngramme kann dies zu einem extrem langsamen Vergleich von Texten führen. In konkreten Experimenten war dieses Verfahren, wenn ohne Einschränkungen verwendet, bis zu um den Faktor 10000 langsamer als das unmodifizierte Ngram-Overlap-Verfahren. Die reelle Laufzeit kann in erträglichen Grenzen gehalten werden, indem das Verfahren für maximale Ngramm-Längen von $n = 5$ bei maximal 10 Synonymen pro Lookup verwendet wird.

Für die Studie unseres eigenen Korpus wurde der unmodifizierte Ngram-Overlap entweder isoliert oder kombiniert mit dem modifizierten verwendet.

5.3. Classifier, Training, Evaluation

Die vom Textmetrikmodul ausgegebenen Vektoren werden nun als Input für das Training und die spätere Anwendung eines Classifiers benutzt. Zur Implementierung der Classifier werden verschiedene Ansätze des klassischen überwachten Lernens mithilfe des Python-Moduls ScikitLearn (Pedregosa et al., 2011) implementiert und experimentell evaluiert. Aber jeder Classifier ist nur so gut wie die Daten, mit denen er trainiert wird.

5.3.1. Verwendete Trainingsdaten

Das METER-Korpus

Als Datengrundlage wird das METER-Korpus (Gaizauskas et al., 2001) und dessen von uns modifizierte Form verwendet. Das METER-Korpus ist ein Spezialkorpus zur Untersuchung von journalistischer Textreuse, das zwischen 1999 und 2000 gesammelt wurde und Texte der britischen Press Association (PA) und neun großer britischer Zeitungen beinhaltet. Es enthält 944 Zeitungsartikel und 773 PA-Meldungen, die insgesamt zu 265 sogenannten *Catchlines* zusammengefasst sind. PA-Meldungen und Pressetexte sind jeweils einer Catchline zugeordnet, und mehrere Pressetexte verschiedener Publikationen können zu einer Catchline veröffentlicht worden sein. Effektiv können alle PA Texte zu einer Catchline zu einem Quelltext zusammengefasst werden, woraus sich Tupel aus einer PA-Quelle und denen der entsprechenden Catchline zugeordneten Zeitungsartikel ergeben. Insgesamt enthält das METER-Korpus 944 solcher Quelle-Ziel-Tupel, da jeder Zeitungsartikel genau einer Catchline und somit einer PA-Quelle zugeordnet ist.

Jedem Artikel im Korpus ist nicht nur eine Catchline-Beziehung, sondern auch ein Label für diese Beziehung zugeordnet. Gaizauskas et al. verwenden hier ein ternäres Klassifizierungssystem. Artikel sind auf einer Dreipunkteskala eingeordnet, die den Grad der Derivation vom Quellmaterial angibt. Dabei gibt es die drei Labels bzw. Kategorien “Wholly Derived” (“WD”), “Partially Derived” (“PD”) und “Non-Derived” (“ND”) (Gaizauskas et al., 2001, S. 6). Dieses ternäre System lässt sich für unsere Zwecke auf ein binäres System reduzieren. Die Klassen “WD” und “PD” werden zu einer einfachen “Derived”-Klasse (“D”) zusammengeführt.

Die Häufigkeitsverteilung der Klassen im Korpus lässt sich Tabelle 3 entnehmen.

Klasse	Anzahl	Anteil
WD	301	31,9%
PD	438	46,4%
ND	205	21,7%
D	739	78,3%
Gesamt	944	100%

Tabelle 3: Textbeziehungen im METER-Korpus, aufgeschlüsselt nach Klassen

Aus der Häufigkeitsverteilung der Labels wird offensichtlich, dass das Korpus aus dieser Perspektive nicht ausgeglichen ist. Vor allem für die binäre Klassifikation nach unserem Schema zeigt sich eine signifikante Schwachstelle: Mit 78,3% vs. 21,7% ist das Korpus deutlich in Richtung “Derived” verzerrt. Diese Verzerrung entspricht in keiner Weise der erwarteten Verteilung in realitätsnahen Daten, was sich bei seiner Nutzung als Trainingsgrundlage auch in der Performance des Classifiers niederschlagen wird. Erste Experimente haben diese Vermutung bestätigt, mit einer deutlich schlechteren Performance aller trainierten Classifier beim Labeln von “ND” Datenpunkten. Diese und andere Einschränkungen des METER-Korpus wurden auch von Gaizauskas et al. bei der ursprünglichen Veröffentlichung des Korpus zugegebenen (Gaizauskas et al., 2001, S. 1). Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, das METER-Korpus zu modifizieren und mit weiteren Datenpunkten zu augmentieren.

Das augMEnt-Korpus

Unsere modifizierte Variante des METER-Korpus, fortan augMEnt (**augmenting METER with non-derived texts**) genannt, besteht aus allen Texten bzw. Quelle-Ziel-Tupeln des METER-Korpus, und zusätzlichen, automatisch generierten Datenpunkten für die Klasse “ND”.

Die zusätzlichen Datenpunkte wurden aus einer einfachen logischen Annahme heraus generiert: Wenn man eine zufällige Stichprobe beliebiger Zeitungsartikel nimmt, kann angenommen werden, dass diese voneinander nicht abgeleitet oder plagiert sind. Als Quelle für zusätzliche britische Zeitungsartikel dient das BNC (BNC), wobei stichprobenhaft insgesamt 486 (schriftliche) Texte aus der Textkategorie “NEWS” entnommen wurden, die zufällig zu insgesamt 3.324 Quelle-Ziel-Tupeln mit dem Label “ND” kombiniert wurden. Die Texte wurden dabei so ausgewählt, dass sie mindestens 2.000 und maximal 50.000 Zeichen lang sind. Insgesamt wurden so 54.945.979 Zeichen und 11.348.257 Tokens neuen Textmaterials hinzugefügt. Die Texte aus dem BNC wurden in der Zeitperiode 1991-1994 gesammelt, was in einer annehmbaren zeitlichen Nähe zu den Texten im METER-Korpus liegt.

Die Häufigkeitsverteilung der Klassen im neuen Korpus lässt sich Tabelle 4 entnehmen.

Das so gewonnene neue Korpus ist mit einem Verhältnis von 81% zu 19% deutlich in Richtung “ND” verschoben, was immer noch nicht einer wirklich realitätsnahen Verteilung entspricht, aber ihr zumindest näher kommt. Die so gewonnen zusätzlichen Trainingsdaten zur Bestimmung der “ND” Klasse haben sich in weiteren Experimenten in einem deutlichen Performancegewinn aller Classifier beim Labeln von “ND”-Datenpunkten niedergeschlagen, während die Perfomance beim Labeln von “D”-Datenpunkten nicht verschlechtert wurde.

Klasse	Anzahl	Anteil
WD	301	12%
PD	438	7%
ND	3529	81%
D	739	19%
Gesamt	4268	100%

Tabelle 4: Textbeziehungen im augMEnt-Korpus, aufgeschlüsselt nach Klassen

5.3.2. Training der Classifier

Bewaffnet mit diesen Trainingsdaten konnten nun Classifier trainiert und evaluiert werden. Von den Trainingsdaten wurden jeweils 20% der Daten für die abschließende Evaluation zurückgehalten, die restlichen 80% der Datensätze wurden als Trainingskorpus verwendet. Verschiedene Classifier-Typen wurden mithilfe von automatischem Parametertuning in Form von Grid-Search mit K-Fold-Cross-Validation mit fünf Folds trainiert und evaluiert. Als Evaluationsmetrik wurde der F1-Score verwendet. Die erfolgreichsten Kandidaten wurden weiterverfolgt und über mehrere Runden durch händische Anpassung der Parameterspannen weiter optimiert.

Insgesamt wurden drei Serien an Modellen trainiert und evaluiert. Als Kandidaten wurden folgende Classifier-Typen aus dem Python-Paket ScikitLearn verwendet:

- Naive-Bayes-Classifier

- Linear-Support-Vector-Classifier
- K-Means-Classifier
- AdaBoost-Classifier
- Random-Forest-Classifier
- Multi-Layer-Perceptron-Classifier

Das Training des **ersten Modells** geschah ausschließlich auf METER-Daten und Ngram-Overlap-Scores als Input. Das Parameter-Tuning hat hier einen Multi-Layer-Perceptron-Classifier (MLP-Classifier) als erfolgreichsten Kandidaten hervorgebracht.

Die **zweite Serie** an Modellen wurde auf augMEnt-Daten und Ngram-Overlap-Scores als Input trainiert. Das Parameter-Tuning hat hier mehrere Modelle ergeben, die in der Evaluation sehr eng beieinander lagen. Ab diesem Punkt wurde neben dem MLP-Classifier auch ein Random-Forest-Classifier (RF-Classifier) weiterverfolgt.

Die **dritte Serie** an Modellen wurde auf augMEnt-Daten und einer Kombination aus Ngram-Overlap-Scores und Modified-Ngram-Overlap-Scores als Input trainiert. Auch hier waren ein MLP- und RF-Classifier die endgültigen Kandidaten.

Diese drei Serien haben also insgesamt fünf verschiedene Modelle hervorgebracht, welche auf unser Korpus angewendet wurden. Im Folgenden sollen nun die konkreten Ergebnisse und die damit verbundenen Beobachtungen beschrieben werden.

6. Ergebnisse und Interpretation

Oberflächlich betrachtet kommt schon das 1. Modell nah an die die Baseline aus dem originalen METER-Paper heran und die Modelle folgender Serien perfomem auf dem Papier sogar besser als die Ergebnisse von Nawab et al. (vgl. Tabelle 3). Näher betrachtet wird aber klar, dass diese Ergebnisse nur schwer vergleichbar sind. Während wir auf das komplette METER-Korpus trainiert und evaluiert haben, haben sowohl Clough et al. als auch Nawab et al. nur auf einen Teil des METER-Corpus trainiert, nämlich nur auf den Texten aus der Kategorie “Law & Courts”. Außerdem haben alle Verfahren verschiedene Features benutzt. Clough et al. haben nur Hapax- und Unigram-NGO kombiniert mit einem Sentence-Alignment-Score benutzt, Nawab et al. haben nur MNGO-Scores für bis zu 5-Gramme benutzt. Das steht im Kontrast zu unseren Verfahren, die entweder nur reine NGO-Scores oder NGO- und MNGO-Scores kombiniert als Features benutzt haben. Trotzdem wirkt dieser erste Vergleich vielversprechend, und auch bei schlechterer Vergleichbarkeit mit A-Priori-Ergebnissen lassen sich mehrere interessante Beobachtungen aus unseren Evaluationsergebnissen ableiten:

Die erste interessante Beobachtung ist, dass bei der Evaluation auf reine METER-Daten jede Ausbaustufe unseres Verfahrens zu einer Verbesserung der Evaluationsergebnisse führt. In der letzten Ausbaustufe mit erweiterten Trainingsdaten und erweiterten Features konnte so der F1-Score von 0,69 auf 0,97 gesteigert werden. Dabei gab es auch eine dramatische Steigerung der Genauigkeit und Sensitivität des Classifiers in Bezug auf die für uns besonders interessante “D”-Klasse.

Des Weiteren lässt sich beobachten, dass die Evaluation auf augMEnt-Daten ein anderes Bild als die reine Evaluation auf METER-Daten zeigt. Vor allem die Evaluation der Negativklasse “ND” ändert sich eklatant, was aber wahrscheinlich auf den reinen Zuwachs an Test-Samples zurückführen ist. Hier liefern die augMEnt-Daten wahrscheinlich ein realistischeres Bild als die METER-Daten. Es lässt sich trotzdem beobachten, dass Classifier der höheren Ausbaustufen des Verfahrens bessere Ergebnisse liefern als das erste Modell.

Name	Trainingsdaten	Features	Typ	F1 (METER)	F1 (augMEnt)
Clough et al.	METER (Subset)	Hapax-NGO, 1-gram-NGO, Sentence Alignment	NB	0,76	N/A
Nawab et al.	METER (Subset)	5-gram-MNGO	NB	0,85	N/A
Modell 1	METER	5-gram-NGO	MLP	0,67	0,91
Modell 2	augMEnt	5-gram-NGO	RF	0,92	0,98
Modell 3	augMEnt	5-gram-NGO	MLP	0,69	0,96
Modell 4	augMEnt	5-gram-NGO + MNGO	MLP	0,84	0,95
Modell 5	augMEnt	5-gram-NGO + MNGO	RF	0,97	0,95

Tabelle 5: F1-Avg-Scores verschiedener Modelle im Vergleich, Evaluiert auf METER- und augMEnt-Daten

Im Bezug auf die Evaluation verschiedener Classifier-Typen zeigt sich, dass die RF-Classifier bessere Evaluationsergebnisse liefern als die MLP-Classifier. Insgesamt wirken die Scores der beiden MLP-Modelle 3 und 4 erratischer als die ihrer RF-Pendants 2 und 6. Der drastische Einbruch des F1-Scores von Modell 3 bei der Evaluation auf METER-Daten lässt sich nicht offensichtlich erklären. Anzunehmen wären aber etwa methodische Fehler beim Trainieren des Classifiers, wie z. B. ein unzureichendes Parameter-Tuning, das in einem lokalen Maximum gelandet ist.

Anhand der Evaluation auf augMEnt-Daten zeigt sich zudem, dass bei Modell 4 und 5 die Entwicklung der Scores wieder rückläufig zu sein scheint. Da beim Training dieser Modelle eine große Menge neuer Features in Form der MNGO-Scores hinzugefügt und keine Feature-Selection durchgeführt wurde. Das ist ein Punkt, der in zukünftigen Experimenten weiterverfolgt werden könnte.

Name	Klasse	Precision	Recall	F1-Score	Support
Modell 1	ND	0,67	0,34	0,45	41
	D	0,84	0,95	0,89	148
Modell 2	ND	0,86	0,90	0,88	41
	D	0,97	0,96	0,97	148
Modell 3	ND	0,56	0,46	0,51	41
	D	0,86	0,90	0,88	148
Modell 4	ND	0,82	0,68	0,75	41
	D	0,92	0,96	0,94	148
Modell 5	ND	0,95	0,95	0,95	41
	D	0,99	0,99	0,99	148

Tabelle 6: Detaillierte Evaluationsergebnisse unserer Modelle auf METER-Daten

Name	Klasse	Precision	Recall	F1-Score	Support
Modell 1	ND	0,99	0,94	0,96	735
	D	0,76	0,97	0,85	148
Modell 2	ND	0,99	0,99	0,99	735
	D	0,96	0,97	0,97	148
Modell 3	ND	0,99	0,98	0,98	735
	D	0,90	0,96	0,93	148
Modell 4	ND	0,99	0,97	0,98	735
	D	0,89	0,96	0,92	148
Modell 5	ND	0,98	0,98	0,98	735
	D	0,90	0,93	0,91	148

Tabelle 7: Detaillierte Evaluationsergebnisse unserer Modelle auf augMEnt-Daten

Insgesamt wirken Modell 2 und 6 wie die vielversprechendsten Kandidaten für eine praktische Anwendung auf unser Forschungskorpus.

6.1. Interpretation

Im Folgenden werten wir die konkreten Vorhersagen aller unserer Modelle aus. Die im Text erwähnten Dateinamen beziehen sich hierbei auf JSON-Dateien, die alle relevanten Daten zu dem klassifizierten Quelle-Ziel-Tupel enthalten und im Anhang unter der entsprechenden Überschrift zum Modell zu finden sind.

6.1.1. Modell 1

Der Classifier liefert 4 Matches. Bei 2 davon handelt es sich um False Positives. In diesen Fällen werden zwar in INSM-Pressemitteilung und Artikeln jeweils Themen rund um die Coronapandemie behandelt, die konkreten Sachverhalte sind jedoch unterschiedlich und es ist kein Re-Use erkennbar. Die beiden anderen (2.json und 3.json) sind True Positives und partially derived im Sinne des Verfahrens, da sich in INSM-Pressemitteilung und Artikel jeweils das gleiche Zitat des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz über Steuern für Besserverdienende befindet. Eine Übernahme der INSM-Positionen findet jedoch nicht statt, vielmehr greifen sowohl INSM als auch Medien auf die gleiche Quelle zurück.

6.1.2. Modell 2

Der Classifier liefert 72 Matches. Davon sind 63 False Positives und 9 partially derived True Positives. Auch hier gibt es in drei Fällen wieder Übereinstimmungen aufgrund des Scholz-Zitates (190.json, 191.json und 193.json), wobei in einem (191.json) darüber hinaus teilweise von INSM und Autor die gleiche Argumentation gegen die Forderung verwendet wird. Dieses Mal wurde jedoch auch faktische Übernahme von INSM-Pressemeldungen bzw. -Inhalten gefunden. Ein Artikel (29.json) handelt von einer von der INSM beauftragten Studie zum Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. Dort wurden Inhalte der Pressemitteilung unkritisch übernommen, diese ist jedoch nicht die einzige Quelle. Der Artikel bezieht darüber hinaus noch Inhalte der zur Studie gehörenden Pressekonferenz

der INSM mit ein¹³. In einem Weiteren (19.json) wird ein Zitat der INSM in einem längeren Artikel zu verschiedenen Aspekten digitaler Kompetenzen verwendet. Besonders spannend sind drei Matches (20.json, 185.json und 184.json), bei denen es in den Artikeln um eine Studie des IW geht, laut derer eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre notwendig sei. Diese werden mit Pressemitteilungen der INSM zu zwei anderen Studien des IW mit ähnlichen Inhalten und Argumentationen gematcht, wovon eine aus dem Jahr 2020 stammt. Aufgrund der Redundanz der Argumentationen der INSM bzw. des IW scheint es also vielversprechend zu sein, auch ihre älteren Publikationen in die Suche nach Übernahme ihrer Positionen mit einzubeziehen um die Trefferquote zu erhöhen. Ein weiteres Match (10.json) besteht zwischen einem Artikel über die Forderung der CDU-Mittelstandsunion nach Rücknahme von Rentenreformen vom April 2021, in dem (anders als bei allen anderen gefundenen Matches) auch eine Gegenposition beleuchtet wird, und einer Pressemitteilung der INSM von 2014, in der mit ähnlichen Argumenten das Gleiche gefordert wird.

6.1.3. Modell 3

Der Classifier liefert keine Matches.

6.1.4. Modell 4

Dieser Classifier liefert 21.616 Ergebnisse. Für die manuelle Evaluation wurde eine zufällige Stichprobe von 1%, also 216 Matches generiert. In dieser befanden sich ausschließlich False Positives. Darüber hinaus behandelte nicht ein einziges Quell-Ziel-Paar auch nur die gleichen Sachverhalte.

6.1.5. Modell 5

Der letzte verwendete Classifier liefert, wie der erste, 4 Matches von denen 2 True Positives sind. Hier findet sich eines der Matches mit verschiedenen IW-Studien zum Renteneintrittsalter wieder, das auch von Modell 2 gefunden wurde (3.json). Außerdem wird die gekennzeichnete, wörtliche Übernahme einer längeren Passage (146 Wörter) aus einer Pressemitteilung der INSM zu Förderangeboten nach den pandemiebedingten Schulschließungen gefunden (2.json).

6.2. Evaluation

Aus den so gesammelten Positiv-Beispielen lassen sich nun Evaluationsmetriken errechnen. Die Genauigkeit lässt sich in unserem Fall einfach bestimmen, da wir genau einschätzen können, welche der selektierten Positivbeispiele relevant sind und welche nicht. Im Gegensatz dazu lässt sich die Sensitivität nicht direkt bestimmen, da nicht bekannt ist, wie viele True Positives tatsächlich in unserem Korpus vorhanden sind. Als Approximation berechnen wir deswegen eine *maximale* Sensitivität, die sich aus allen gefundenen True Positives im Korpus ableitet. Die von allen Classifiern bestimmten True Positives werden als Menge TP_a angenommen, die von einem Classifier bestimmten True Positives als Menge TP_c . Die Menge der False Negatives für einen bestimmten Classifier ist in diesem Fall $FN_c = TP_a \setminus TP_c$.

Wie in Tabelle 8 ersichtlich ist, weichen die so errechneten Werte stark von den Evaluationsergebnissen im vorherigen Teil ab. Das lässt darauf schließen, dass keins unserer

¹³<https://www.youtube.com/watch?v=u56r1i6x8Ro>, abgerufen am 07.10.21 1:03

Modelle an die untersuchte Art von Daten angepasst ist. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Sprachunabhängigkeit unseres Verfahrens nicht gewährleistet ist.

Name	TP	FP	FN	Genauigkeit	Max Sensitivität	Max F-1
Modell 1	2	2	9	0,500	0,182	0,267
Modell 2	9	63	2	0,125	0,818	0,217
Modell 3	0	0	11	0,000	0,000	—
Modell 4 Stichprobe	0	216	11	0,000	0,000	—
Modell 4 angenommen	~0	21616	11	0,000	0,000	—
Modell 5	2	2	9	0,500	0,182	0,267

Tabelle 8: Tatsächliche Evaluationsmetriken unserer Classifier

7. Fazit und Ausblick

Wir haben gezeigt, dass Verfahren zur Text-Reuse-Detection prinzipiell anwendbar sind, um die Wirkungen von PR zu finden. Zwar haben alle unsere Modelle eine recht geringe Präzision und liefern bis auf Modell 2 auch nicht sonderlich viele Ergebnisse, ihre Anwendung auf einen Fall wie den der INSM oder auch die Suche nach anderweitiger Einflussnahme ist jedoch, nun wo es entwickelt ist, dennoch effektiver als eine händische Suche nach Fallbeispielen. Allerdings weist es, wie aus den Ergebnissen und der Auswertung ersichtlich, nach wie vor großen Optimierungsbedarf auf, da nicht einmal alle wörtlichen Übernahmen von Passagen gefunden wurden.

Zur weiteren Verbesserung des Verfahrens bedarf es deutschsprachiger Trainings- und Testdaten, da der Ansatz, wie gezeigt wurde, nicht sprachunabhängig ist. Für einen allgemein anwendbaren Ansatz zur Erkennung journalistischen Text-Reuses würde sich eine deutsche Version des METER-Korpus aus dpa-Meldungen und Presseberichten eignen. Für konkrete weitere Forschung zur INSM bzw. zum Thema PR-Einflussnahme könnte die Forschung von Nuernbergk (Nuernbergk, 2005), der eine empirische, explorative Studie zum Einfluss der INSM in den Medien vorgenommen hat, ggf. gute Trainings- und/oder Testdaten liefern. Leider sind nur die Schlussfolgerungen der Arbeit publiziert und eine persönliche Anfrage blieb unbeantwortet.

Die Ergebnisse dieses ersten Versuches zeigen jedoch auch bereits, dass auch ein perfekt trainiertes Modell die händische Sichtung und Analyse nicht ersetzen kann, wenn nicht nur nach Übereinstimmungen sondern nach Einflussnahme gesucht wird. Wenn sich PR und Presseartikel auf die gleiche Quelle beziehen, wie im Beispiel der Äußerungen Olaf Scholz' kann das Verfahren dies nicht von der Verwendung der PR als Quelle des Artikels unterscheiden. Außerdem unterscheidet die binäre Klassifikation nicht zwischen der unreflektierten Wiedergabe der Quelleninhalte und einer Einbettung in eine Diskussion verschiedener Positionen oder auch einer direkten Kritik an den PR-Inhalten. Würde wiederum die ternäre Klassifikation von Clough et al., 2001 verwendet, würde ein Artikel, der zwei verschiedene Quellen des gleichen PR-Akteurs verwendet, etwa eine Studie des IW und die Äußerungen auf der zugehörigen Pressekonferenz nicht als wholly sondern nur als partially derived gelabelt werden. Solche Fälle zeigen die Grenzen der Klassifikation auf Dokumentebene auf und zeigen, dass eine granularere Klassifikation, z. B. auf Satzebene, durchaus sinnvoll sein kann.

Dennoch könnte mithilfe eines verbesserten Verfahrens mit vergleichsweise geringem

Aufwand in der manuellen Selektion eine bisher nicht dagewesene Menge an Daten zur Einflussnahme durch PR geschaffen werden, die neue Möglichkeiten für klassisch geisteswissenschaftliche aber auch datengestützte Untersuchungen liefert. So könnte beispielsweise untersucht werden, welche Medien besonders anfällig für die Inhalte welcher Akteure sind. Auch eine Überprüfung der These, dass der Einfluss der INSM und ähnlicher Akteure aufgrund der verschärften Krise des Journalismus tendenziell zunimmt, wäre so möglich.

Literatur

- Alzahrani, S. M., Salim, N. & Abraham, A. (2012). Understanding plagiarism linguistic patterns, textual features, and detection methods. *IEEE Transactions on Systems, Man, and Cybernetics, Part C (Applications and Reviews)*, 42(2), 133–149. <https://doi.org/10.1109/TSMCC.2011.2134847>
- Bär, D., Zesch, T. & Gurevych, I. (2012). Text reuse detection using a composition of text similarity measures, 18.
- Barbaresi, A. (2021). Trafilatura: A Web Scraping Library and Command-Line Tool for Text Discovery and Extraction. *Proceedings of the 59th Annual Meeting of the Association for Computational Linguistics and the 11th International Joint Conference on Natural Language Processing: System Demonstrations*, 122–131. <https://doi.org/10.18653/v1/2021.acl-demo.15>
- Brinkmann, B. (2013, 7. Januar). *INSM - Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo - Wirtschaft - SZ.de*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/insm-wirtschaftslobby-bezirzt-bundestag-mit-voodoo-1.1566851>
- Clough, P., Gaizauskas, R., Piao, S. S. L. & Wilks, Y. (2001). METER: MEasuring TExt reuse. *Proceedings of the 40th Annual Meeting on Association for Computational Linguistics - ACL '02*, 152. <https://doi.org/10.3115/1073083.1073110>
- Duwe, S. (2013). *Wolfgang Clement auf Werbetour für Gerechtigkeit à la Agenda 2010* [heise online]. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.heise.de/tp/features/Wolfgang-Clement-auf-Werbetour-fuer-Gerechtigkeit-a-la-Agenda-2010-3398007.html>
- Gaizauskas, R., Foster, J., Wilks, Y., Arundel, J., Clough, P. & Piao, S. (2001). The METER corpus: A corpus for analysing journalistic text reuse, 10.
- Gesamtmetall. (2019). *Größte M+E-Unternehmen* [Arbeitgeberverband Gesamtmetall]. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.gesamtmetall.de/branche/portrait/grossste-me-unternehmen>
- Gesamtmetall. (2020). *130 Jahre Arbeitgeberverband Gesamtmetall* [Arbeitgeberverband Gesamtmetall]. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.gesamtmetall.de/verband/geschichte/130-jahre-arbeitgeberverband-gesamtmetall>
- Gesamtmetall. (2021a). *Aufgaben* [Arbeitgeberverband Gesamtmetall]. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.gesamtmetall.de/verband/arbeit/aufgaben>
- Gesamtmetall. (2021b, 29. April). *Ohne Industrie kein Wohlstand* [Arbeitgeberverband Gesamtmetall]. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.gesamtmetall.de/themen/bundestagswahl-2021/ohne-industrie-kein-wohlstand>
- Honnibal, M., Montani, I., Van Landeghem, S. & Boyd, A. (2020). *spaCy: Industrial-strength Natural Language Processing in Python*. Zenodo. <https://doi.org/10.5281/zenodo.1212303>
- INSM. (2011a, 9. Oktober). *INSM-Lehrerportal erscheint in neuem Glanz*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/themen/bildung/relaunch-wus>
- INSM. (2011b, 12. Januar). *Subventionen sind Gift!* Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/insm-anzeigen/subventionen-sind-gift>
- INSM. (2015, 8. April). *Ludwig Erhard*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/deutschland-prinzip/die-menschen/kanzler-ludwig-erhard>
- INSM. (2020a). *Ideen für den Neustart – Besser mit einer guten Arbeitslosenversicherung*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/themen/soziale->

marktwirtschaft / ideen - fuer - den - neustart / deutschland - fahrt - besser - mit - einer - guten - arbeitslosenversicherung

INSM. (2020b). *Ideen für den Neustart – Besser ohne politischen Mindestlohn*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/themen/soziale-marktwirtschaft/ideen-fuer-den-neustart/deutschland-fahrt-besser-ohne-politischen-mindestlohn>

INSM. (2021a). *Alles über die INSM*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/faq>

INSM. (2021b, 16. September). *Bundestagswahl 2021: Soziale Marktwirtschaft ist die Mitte*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/themen/soziale-marktwirtschaft/die-wahl-entscheidet-sich-in-der-mitte>

INSM. (2021c). *Ideen für den Neustart – Besser mit einer soliden Haushaltspolitik*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm.de/insm/themen/soziale-marktwirtschaft/ideen-fuer-den-neustart/deutschland-fahrt-besser-mit-einer-soliden-haushaltspolitik>

INSM. (2021d). Wohin steuert unser Land? Zukunftswahl: Worauf es bei der Bundestagswahl geht.

JustAnotherArchivist. (2021, 6. Oktober). *snsnscrape* [original-date: 2018-09-09T20:16:31Z]. Verfügbar 6. Oktober 2021 unter <https://github.com/JustAnotherArchivist/snsnscrape>

Kocks, K. (2003). Das neue Lobbyinstrument — PR im Journalismus. In T. Leif & R. Speth (Hrsg.), *Die stille Macht: Lobbyismus in Deutschland* (S. 350–353). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80513-3_23

Lobbycontrol. (2005, September). *INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/download/insm-marienhof-bewertung.pdf>

Lobbypedia. (2020, 13. April). *Institut der deutschen Wirtschaft – Lobbypedia*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter https://lobbypedia.de/wiki/Institut_der_deutschen_Wirtschaft

Lobbypedia. (2021, 24. Juni). *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Lobbypedia*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_neue_soziale_marktwirtschaft

Nawab, R. M. A., Stevenson, M. & Clough, P. (2012). Detecting text reuse with modified and weighted n-grams, 5.

Nuernbergk, C. (2005). *Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (Diss.). Magisterarbeit, Münster.

Nymoen, O. & Schmidt, W. M. (2021). *Die Zerstörung der INSM* (Nr. 97). Verfügbar 28. September 2021 unter <https://open.spotify.com/show/12x5cqwBBQjoJo8RcOnyI5>

Pedregosa, F., Varoquaux, G., Gramfort, A., Michel, V., Thirion, B., Grisel, O., Blondel, M., Prettenhofer, P., Weiss, R., Dubourg, V., Vanderplas, J., Passos, A., Cournapeau, D., Brucher, M., Perrot, M. & Duchesnay, E. (2011). Scikit-learn: Machine Learning in Python. *Journal of Machine Learning Research*, 12, 2825–2830.

Rittershofer, W. (2009, 1. Januar). *Wirtschafts-Lexikon: Über 4000 Stichwörter für Studium und Praxis* (4, Januar 2009). beck im dtv.

Schabl, G. & Siemon, K. (2018, 14. Februar). *Ohne Haftung: Wie Lufthansa mit Hilfe des Staates die Bürger über den Tisch gezogen hat*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.insm-oekonomenblog.de/18296-lufthansa-staat-marktwirtschaft-bueger/>

- Schroeder, W. (2017). Geschichte und Funktion der deutschen Arbeitgeberverbände. In W. Schroeder & B. Weßels (Hrsg.), *Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland* (S. 29–51). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-08176-8_2
- Schumann, H. (2004). Die Apo des Kapitals. *Der Tagesspiegel Online*. Verfügbar 8. Oktober 2021 unter <https://www.tagesspiegel.de/zeitung/die-apo-des-kapitals/558714.html>
- Speth, R. & Leif, T. (2006). Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. *Die fünfte Gewalt Lobbyismus in Deutschland*. VS, Verl. für Sozialwiss.
- Statista. (2021). *Zeitungen in Deutschland* [Statista]. Verfügbar 6. Oktober 2021 unter <https://de.statista.com/statistik/studie/id/6551/dokument/zeitungen-in-deutschland/>
- Woll, A. (2008, 1. Juni). *Wirtschaftslexikon* (vollständig neubearbeitete Auflage). Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

A. Schreibbeteiligung der Autoren

Abschnitt	Beteiligte
1.	Eva-Maria Huber, Timm Weber
2.	Eva-Maria Huber
3.	Timm Weber
4.	Eva-Maria Huber
5.	Timm Weber
6.1.	Eva-Maria Huber
6.2.	Timm Weber
7.	Eva-Maria Huber, Timm Weber

B. Danksagungen

Besonderer Dank für die Durchführung unserer Projektarbeit gilt:

Professor Paul Clough für die unkomplizierte Bereitstellung des METER-Korpus und eine nette Korrespondenz

@schtepf für angenehme Schtepfigkeit

Timm Weber für koffeinhaltige Kaltgetränke

Eva-Maria Huber für koffeinhaltige Heißgetränke

Des weiteren möchten wir folgende Beiträge besonders würdigen:

Schlängenbändiger — Timm Weber

Senior SQL Consultant — Eva-Maria Huber

Emotionale Unterstützung beim Kochen und Debuggen — W. I. Lenin

Käsebeauftragte — Eva-Maria Huber

Datenmüllbeauftragter — MLPClassifier

Professionelle Spaßtruppe — berolino.pr gmbh im Auftrag von Gesamtmetall

Tierisches Vorbild — Das Känguru

C. Programmcode und Daten

Der Programmcode für alle implementierten Verfahren und ein Teil der erzeugten Daten ist in folgendem Git-Repository zu Finden: <https://github.com/SpitfireX/insm-reuse>
 Ausgenommen hiervon sind Verwendete Ressourcen wie GermaNet und die METER- und BNC-Korpora sowie unsere eigenen gescrapeten Daten.

D. True Positive Classifier-Matches

D.1. Modell 1

D.1.1. 2.json

Eigenschaft	Wert
a_id	WiANisbdq6PUI3MzyxtNGddmFF8=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-02-25T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ populistische-klassenkaempferattitude-statt-wachstumsfoerdernde-sachpolitik
b_id	q9OU/jSCvhaHcDhN5vco1HN3JVk=
b_publication	BILD_Politik
b_date	2021-02-25T00:00:00
b_author	None
b_url	https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ spd-olaf-scholz-will-reichensteuer-durchsetzen-75532098.bild.html
scores	{"1": 0.39351851851855, "3": 0.13315926892950392, "5": 0.11282051282051282, "hapax": 0.1962025316455696}

Text A

Populistische Klassenkämpferattitude statt wachstumsfördernde Sachpolitik

Bundesfinanzminister Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. 25. Februar 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen derzeit mehr als die Hälfte des gesamten Lohn- und Einkommenssteueraufkommens. 30 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen gar keine Lohn- oder Einkommensteuer. Was meint also Bundesfinanzminister Olaf Scholz, wenn er fordert, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“? Diese Forderung ist längst erfüllt, was er als Finanzminister besser als alle anderen wissen müsste. Unter den OECD-Staaten gibt es nur wenige Länder, die faktisch eine höhere Umverteilung erreichen. Die Corona-Krise hat die Las-

tenverteilung sogar weiter zuungunsten der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Erste Studien zu den Verteilungswirkungen der Corona-Krise zeigen, dass die Verluste an verfügbaren Einkommen vor allem bei den oberen 10 Prozent zu finden sind. Während für die unteren Einkommen Ausgleichsmechanismen durch Sozialleistungen greifen, schlagen die Veränderungen der Markteinkommen am oberen Ende der Verteilung auf das verfügbare Einkommen durch. Scholz fordert zusätzliche Steuereinnahmen durch die Reaktivierung der Vermögensteuer vorgeblich „damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung haben“. Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. Fakt ist, dass die Steuereinnahmen zwischen 2010 und 2019 um 75 Prozent gestiegen sind, während die Einkommen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Schnitt nur um knapp 30 Prozent gestiegen sind. Die Staatskasse hat vom letzten Aufschwung deutlich stärker profitiert als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr, vermutet, dass der SPD-Kanzlerkandidat aktuell mit der Aufstellung eines verfassungskonformen Bundeshaushalts überfordert ist und dafür die Schuld bei anderen sucht. „Mit seiner populistischen Klassenkämpferattitüde versucht Scholz die Lücken in seiner Haushaltspolitik zu überdecken, statt sich Gedanken um eine wachstumsfördernde Sachpolitik zu machen. Er weiß ganz genau, dass wir die Folgen der Krise nur durch erhöhtes Wachstum bewältigen können. Statt Wachstumsimpulse zu entwickeln, macht er sich lieber Gedanken, wie der Staat künftige Mehreinnahmen generieren kann. Kein Wunder, dass Scholz auch auf die rund elf Milliarden Euro nicht verzichten will, die ihm der Fortbestand des Solis weiterhin in die Kasse spült. Der Soli war aber nicht als Haushaltsdoping für überforderte Finanzminister gedacht, sondern als solidarischer Beitrag aller Steuerzahlenden zu den Kosten der Deutschen Einheit. Diese Rechnung wurde inzwischen beglichen, weshalb der Soli nicht nur für manche, sondern für alle entfallen muss. Alles andere wäre obendrein verfassungswidrig. Wer da mit Entscheidungen ‚gegen das Volk‘ argumentiert, bedient sich nicht nur sprachlich an der Argumentationsweise von Populistern.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

SPD: Olaf Scholz will eine Steuer für Reiche durchsetzen
Paukenschlag im Super-Wahljahr | Scholz will Steuererhöhungen für Beserverdiener Paukenschlag im Super-Wahljahr! SPD-Kanzlerkandidat Olaf

Scholz (62) will in der kommenden Legislaturperiode Steuererhöhungen für Besserverdienende und Vermögende sowie Entlastungen für untere und mittlere Einkommen durchsetzen. Er wisse sich „mit der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einig, dass wir unser Steuersystem gerechter gestalten müssen“, sagte der Bundesfinanzminister der „Rheinischen Post“. Lesen Sie auch Corona-Klartext von Bouffier „Die Leute haben die Schnauze voll!“ Da hat einer seinem Corona-Zorn freien Lauf gelassen! Hessen-MP Volker Bouffier regt sich gewaltig über die Corona-Politik auf. Zur Steuergerechtigkeit gehöre, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“, so Scholz. Die SPD befürworte zudem die Vermögensteuer, damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung hätten. Auch Interessant Steuererleichterungen für hohe Einkommen wie die von Union und FDP geforderte komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags wären hingegen „eine Entscheidung gegen das Volk“, sagte Scholz. Lesen Sie auch Medienbericht „Tagesspiegel“ erhebt Vorwürfe gegen Jens Spahn Gesundheitsminister Spahn ließ nach einem Bericht des „Tagesspiegel“ offenbar Journalisten ausforschen. Es geht um Immobiliengeschäfte. ANZEIGE: Wie am Monatsende mehr Gehalt übrig bleibt - Hier sind die Spartipps der Experten Der Soli werde nur noch von 1,35 Millionen Bürgern gezahlt. Auf die daraus entstehenden Einnahmen von gut elf Milliarden Euro pro Jahr könne aber nicht verzichtet werden. Scholz will zudem die derzeitige Finanzpolitik mit hohen, kreditfinanzierten Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Krise auch 2022 und in den Jahren danach fortsetzen. Die Bundesregierung habe entschieden, „sich mit aller Kraft gegen die Pandemie und ihre Folgen zu stemmen“, sagte er: „Da gilt es zu klotzen, nicht zu kleckern.“ Weder bei den Zukunftsinvestitionen noch beim Sozialstaat „dürfen wir jetzt knausern, sonst verspielen wir die Chancen unseres Landes“, so Scholz. Wie nach der Finanzkrise von 2008/09 werde der Bund aber „mittelfristig aus den Schulden wieder herauswachsen“.

D.1.2. 3.json

Eigenschaft	Wert
a_id	WiANisbdq6PUI3MzyxtNGddmFF8=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-02-25T00:00:00

Eigenschaft	Wert
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ populistische-klassenkaempferattitude-statt-wachstumsfoerdernde-s
b_id	TaNedHpKRufo0UgIMv0PcustfOg=
b_publication	derspiegel
b_date	2021-02-25T00:00:00
b_author	DER SPIEGEL
b_url	https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ steuern-olaf-scholz-will-erhoehungen-fuer-besserverdiener-und-verma
scores	{"1": 0.38427947598253276, "3": 0.11467889908256881, "5": 0.09292035398230089, "hapax": 0.20245398773006135}

Text A

Populistische Klassenkämpferattitüde statt wachstumsfördernde Sachpolitik

Bundesfinanzminister Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. 25. Februar 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen derzeit mehr als die Hälfte des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens. 30 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen gar keine Lohn- oder Einkommensteuer. Was meint also Bundesfinanzminister Olaf Scholz, wenn er fordert, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“? Diese Forderung ist längst erfüllt, was er als Finanzminister besser als alle anderen wissen müsste. Unter den OECD-Staaten gibt es nur wenige Länder, die faktisch eine höhere Umverteilung erreichen. Die Corona-Krise hat die Lastenverteilung sogar weiter zuungunsten der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Erste Studien zu den Verteilungswirkungen der Corona-Krise zeigen, dass die Verluste an verfügbaren Einkommen vor allem bei den oberen 10 Prozent zu finden sind. Während für die unteren Einkommen Ausgleichsmechanismen durch Sozialleistungen greifen, schlagen die Veränderungen der Markteinkommen am oberen Ende der Verteilung auf das verfügbare Einkommen durch. Scholz fordert zusätzliche Steuereinnahmen durch die Reaktivierung der Vermögensteuer vorgeblich „damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung haben“. Scholz tut so,

als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. Fakt ist, dass die Steuereinnahmen zwischen 2010 und 2019 um 75 Prozent gestiegen sind, während die Einkommen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Schnitt nur um knapp 30 Prozent gestiegen sind. Die Staatskasse hat vom letzten Aufschwung deutlich stärker profitiert als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr, vermutet, dass der SPD-Kanzlerkandidat aktuell mit der Aufstellung eines verfassungskonformen Bundeshaushalts überfordert ist und dafür die Schuld bei anderen sucht. „Mit seiner populistischen Klassenkämpferattitüde versucht Scholz die Lücken in seiner Haushaltsplanung zu überdecken, statt sich Gedanken um eine wachstumsfördernde Sachpolitik zu machen. Er weiß ganz genau, dass wir die Folgen der Krise nur durch erhöhtes Wachstum bewältigen können. Statt Wachstumsimpulse zu entwickeln, macht er sich lieber Gedanken, wie der Staat künftige Mehreinnahmen generieren kann. Kein Wunder, dass Scholz auch auf die rund elf Milliarden Euro nicht verzichten will, die ihm der Fortbestand des Solis weiterhin in die Kasse spült. Der Soli war aber nicht als Haushaltsdoping für überforderte Finanzminister gedacht, sondern als solidarischer Beitrag aller Steuerzahlenden zu den Kosten der Deutschen Einheit. Diese Rechnung wurde inzwischen beglichen, weshalb der Soli nicht nur für manche, sondern für alle entfallen muss. Alles andere wäre obendrein verfassungswidrig. Wer da mit Entscheidungen ‚gegen das Volk‘ argumentiert, bedient sich nicht nur sprachlich an der Argumentationsweise von Populisten.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Olaf Scholz will Steuererhöhungen für Besserverdiener und Vermögende Entlastungen für untere und mittlere Einkommen Scholz will Steuererhöhungen für Besserverdienende Die Corona-Hilfen belasten die Staatsfinanzen. Nach der Wahl will Kanzlerkandidat Olaf Scholz die Steuern für Besserverdiener und Vermögende erhöhen – und weiter Kredite aufnehmen. Sein Motto: klotzen statt kleckern. Wer viel hat oder viel verdient, soll mehr abgeben müssen: SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz will in der kommenden Legislaturperiode Steuererhöhungen durchsetzen. Betroffen sein sollen Besserverdienende und Vermögende, Entlastungen soll es dagegen für untere und mittlere Einkommen geben. »Ich weiß mich mit der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einig, dass wir unser Steuersystem gerechter gestalten müssen«, sagte der Bundesfinanzminister der Düsseldorfer »Rheinischen Post«. Zur Steuergerechtigkeit gehöre,

»dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können«, so Scholz. Die SPD befürwortete zudem die Vermögensteuer, damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung hätten. Steuererleichterungen für hohe Einkommen wie die von Union und FDP geforderte komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags wären hingegen »eine Entscheidung gegen das Volk«, sagte der SPD-Kanzlerkandidat. Der Soli werde nur noch von 1,35 Millionen Bürgern gezahlt. Auf die daraus entstehenden Einnahmen von gut elf Milliarden Euro pro Jahr könne aber nicht verzichtet werden. Scholz will erst mittelfristig aus den Schulden herauswachsen. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern waren wegen des wirtschaftlichen Einbruchs in der Coronakrise zuletzt stärker als bisher eingebrochen. Das Minus im Januar betrug im Vergleich zum Vorjahr 11,1 Prozent, zugleich belasten umfassende Hilfsprogramme die Staatskassen. Insgesamt will der Bund 2021 fast 180 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte statt höherer Steuern zuletzt in Erwägung gezogen, Staatsbeteiligungen zu verkaufen. Selbst höhere Steuern für Beserverdiener und Vermögende bedeuten für Scholz aber nicht automatisch eine rasche Abkehr von der Schuldenpolitik: Er will die derzeitige Finanzpolitik des Bundes mit hohen, kreditfinanzierten Ausgaben zur Bekämpfung der Coronakrise auch 2022 und in den Jahren danach fortsetzen. Die Bundesregierung habe entschieden, »sich mit aller Kraft gegen die Pandemie und ihre Folgen zu stemmen«, sagte er: »Da gilt es zu klotzen, nicht zu kleckern.« Weder bei den Zukunftsinvestitionen noch beim Sozialstaat »dürfen wir jetzt knausern, sonst verspielen wir die Chancen unseres Landes«, sagte er. Wie nach der Finanzkrise von 2008/2009 werde der Bund aber »mittelfristig aus den Schulden wieder herauswachsen«.

D.2. Modell 2

D.2.1. 10.json

Eigenschaft	Wert
a_id	OMd/bWLLr5iZZeXJxdDkKXDPstE=
a_publication	insm_presse
a_date	2014-05-05T00:00:00
a_author	None

Eigenschaft	Wert
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/laenger-arbeiten-ermoeglicht-hoheres-rentenniveau
b_id	KkbcD9W35gqtFEZoTLOexRcHbg0=
b_publication	BILD_Politik
b_date	2021-04-01T00:00:00
b_author	Johannes C. Bockenheimer und Lydia Rosenfelder
b_url	https://www.bild.de/politik/2021/politik/konzept-der-union-spd-feuert-gegen-vorschlag-zur-rentenreform-7593bild.html
scores	{"1": 0.28426395939086296, "3": 0.026239067055393587, "5": 0.008595988538681949, "hapax": 0.16556291390728478}

Text A

DIW und MEA analysieren Entwicklung von Rentenbeitrag und Rentenniveau

Aus Sicht der INSM verlangt die Generationengerechtigkeit eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und des Munich Center for the Economics of Aging (MEA) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) belegt: Mit einer solchen Regelung würde das Rentenniveau zwischen 2030 und 2060 um 0,6 Prozentpunkte höher ausfallen. Die Beitragszahler würden um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte entlastet. „Wir müssen bereits heute an die Zukunft denken. Das Renteneintrittsalter muss auch nach 2030 an die steigende Lebenserwartung angepasst werden. Die Beschäftigung von Arbeitnehmern, die über das Renteneintrittsalter hinaus weiterarbeiten wollen, sollte schon jetzt erleichtert werden“, erklärt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM. Durch die von der Bundesregierung geplante Mütterrente und Rente mit 63 wird bis 2035 ein genau gegenteiliger Effekt erzielt. Das Rentenniveau wird um durchschnittlich 1,5 Prozent niedriger ausfallen. Gleichzeitig erhöht sich der durchschnittliche Beitragssatz in diesem Zeitraum um 1,6 Prozent. Die Forscher von DIW und MEA haben die Auswirkungen der Mütterrente und der Rente mit 63 auf das Rentenniveau, die Beitragssätze, und die Nettoeinkommen der Haushalte sowie die Beschäftigungseffekte der Rentenbeitragsänderung berechnet. Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit Daten einer Stellungnahme der Deutsche Rentenversicherung zur Bundestagsanhörung. Infolge höherer Rentenbeiträge durch die Müt-

terrente und die Rente mit 63 berechnen die Wissenschaftler des DIW und des MEA je nach Annahme den Wegfall zwischen 10.000 und 50.000 Vollzeitstellen (0,04 bzw. 0,18 Prozent der rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer). Die Forscher rechnen darüber hinaus mit beträchtlichen Frühverrentungseffekten durch die Rente mit 63. Anfänglich könnten bis zu 145.000 Beschäftigte die Rente mit 63 beanspruchen und aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. „In Zeiten knapper werdender Fachkräfte und steigender Lebenserwartung ist die Rente mit 63 ein falsches Signal“, resümiert Dr. Michela Coppola, Leiterin des Bereichs Alterssicherung und Sozialpolitik am MEA. „Das Rentenpaket verstößt gegen die Generationengerechtigkeit. Die Jüngeren trifft das doppelt: erst durch höhere Beiträge und später durch schmerhaft geringere Rentenzahlungen“, so Pellengahr. Die gesetzliche Regelung, nach welcher der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 die Marke von 22 Prozent nicht überschreiten darf, wird von der Mütterrente und der Rente mit 63 in ernste Gefahr gebracht. Ein Anstieg auf über 22 Prozent wird sehr wahrscheinlich. Auch das Rentenniveau droht deutlich unter das gesetzlich festgelegte Niveau von 43 Prozent zu sinken. Für die Arbeitnehmer bedeutet der höhere Beitragssatz eine Minderung der Nettoeinkommen von 1,6 Milliarden bis 2,4 Milliarden Euro pro Jahr. Dabei werden vor allem die mittleren Einkommen überdurchschnittlich belastet. Pressekontakt Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Text B

Konzept der Union - SPD feuert gegen Vorschlag zur Rentenreform
Konzept der Union | SPD feuert gegen Vorschlag zur Rentenreform Eintrittsalter rauf, Rentenerhöhungen runter: Ein neues Rentenkonzept sorgt für Ärger in der Groko Eines ist sicher: Die gesetzliche Rentenkasse hat dringenden Reformbedarf, denn immer mehr Rentner stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber. Wie eine solche Reform aber aussehen könnte, darüber ist jetzt ein heftiger Streit ausgebrochen! Grund: Wirtschaftsfachpolitiker von CDU und CSU haben ein neues Rentenkonzept vorgelegt, in dem neben Neuerungen auch die Rückabwicklung von Renten-Reformen der vergangenen Jahre gefordert wird. „Bei der Rente darf es keine Denkverbote geben“, heißt es in dem Papier der CDU/CSU-Mittelstandsunion (MIT). In dem am Montag verabschiedeten Konzept wird u.a. eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und eine gedämpfte Entwicklung der Rentenerhöhung gefordert. Auch der vorzeitige, abschlagsfreie Ruhestand für Versicherte nach 45 Beitragsjahren („Rente mit 63“) wird in dem MIT-Papier in Frage gestellt: „Die Einführung der abschlags-

freien Rente mit 63 war ein Fehler, da sie dem Arbeitsmarkt Fachkräfte und der Rentenversicherung Beitragszahler entzieht.“ Lesen Sie auch Beim Koalitionspartner sorgt der Vorstoß für Empörung. Die „Rente mit 63“ sei „eine Frage des Respekts gegenüber der Lebensleistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, schimpfte Carsten Schneider, Parlamentarisches Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Der Wirtschaftsflügel der CDU handele „arbeitnehmerfeindlich und unsozial“, sagte Schneider zu BILD. „Der Wirtschaftsflügel der CDU nutzt das Führungsvakuum von Armin Laschet und will in der Rentenpolitik die neoliberalen Agenda von Friedrich Merz umsetzen“, so Schneider weiter. Der CDU-Bundesvorsitzende müsse „schnellstens klären“, wie er zu diesem Programm für Altersarmut stehe. Kritik am Unions-Vorstoß kommt auch vom größten deutschen Sozialverband, dem VdK Deutschland. VdK-Präsidentin Verena Bentel sagt zu BILD: „Gerade hart arbeitende Menschen in schlecht bezahlten Berufen bekommen einerseits geringere Renten, aber leben andererseits durchschnittlich auch kürzer. Für sie bedeutet ein späterer Beginn des Ruhestands eine massive Rentenkürzung.“

D.2.2. 19.json

Eigenschaft	Wert
a_id	U+wxhDSpUcUp7zc3XtW36CCXey4=
a_publication	insm_presse
a_date	2020-06-25T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/it-fachkraefte-fuer-jede-schule
b_id	o71GTUl9KI/iPoqqSrJ28QaBKj4=
b_publication	welt
b_date	2021-03-13T00:00:00
b_author	Mareike Knoke
b_url	https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/article228148815/IT-Kenntnisse-Hier-lernen-Erwachsene-und-Kinder-programmieren.html
scores	{"1": 0.18164794007490637, "3": 0.02891566265060241, "5": 0.02292490118577075, "hapax": 0.10182767624020887}

Text A

IT-Fachkräfte für jede Schule

60 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder sind mit der Unterrichtsqualität während der Schulschließung unzufrieden. 25. Juni 2020 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Zum Event-VideoDownload Sonderkapitel "Digitale Bildung" Beitrag auf dem Ökonomienblog 60 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder sind mit der Unterrichtsqualität während der Schulschließung unzufrieden, über 28 Prozent sogar sehr unzufrieden. Ein großes Problem ist dabei offenbar die technische Qualifikation des Lehrpersonals. Mit der sind 54 Prozent unzufrieden. Auf die Frage, ob Lehrkräfte zur digitalen Weiterbildung verpflichtet werden sollen, antworten 84 Prozent der Gesamtbevölkerung mit Ja. So die Ergebnisse repräsentativer Civey-Umfragen im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Welche Folgen haben die Schulschließungen während der Corona-Pandemie für Bildungsniveau und Bildungsgerechtigkeit? In einem Schwerpunktkapitel für den diesjährigen INSM-Bildungsmonitor hat der Bildungsexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Prof. Dr. Axel Plünnecke, die Auswirkungen analysiert und untersucht, welche Lehren sich aus den vergangenen drei Monaten ziehen lassen. Die Ergebnisse hat Prof. Plünnecke heute in Berlin mit Dorothee Bär MdB (CSU), Staatsministerin für Digitalisierung, diskutiert. Dorothee Bär: „Bei der Digitalisierung unserer Schulen und der Umsetzung digitaler Lernkonzepte besteht Handlungsbedarf, das hat uns die Krise nochmals schmerzlich vor Augen geführt. Der Digitalpakt Schule setzt hier an und muss nun von den zuständigen Ländern zügig umgesetzt werden. Dies betrifft neben der Planung und Durchführung der Investitionsmaßnahmen in den Kommunen insbesondere auch die Überarbeitung der Lehrpläne, die Entwicklung pädagogischer Konzepte und vor allem die Qualifizierung der Lehrkräfte.“ Hubertus Pellengahr: „Damit der Neustart auch in der Bildung gelingt, braucht es technisch besser qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer und eine verlässliche, leistungsstarke technische Infrastruktur an den Schulen. Die INSM fordert daher, dass Lehrkräfte zur digitalen Weiterbildung verpflichtet werden sollen. Gleichzeitig müssen an allen Schulen IT-Administratoren in Zukunft genauso selbstverständlich sein wie Hausmeister. Zur Unterstützung der Digitalisierung an Schulen sollten sich Bund und Länder schnellstmöglich auf die Einstellung von mindestens 20.000 IT-Fachkräften einigen und die Aus- und Weiterbildungsverordnungen für Lehrkräfte reformieren.“ Axel Plünnecke: „Empirische Studien lassen einen deutlichen Schluss zu: Die Schulschließungen haben dauerhaft negative Effekte auf die Bildung der Schülerinnen und Schüler und führen zu einer Verschärfung der Ungleichheit der Bil-

dungschancen. Durch die Digitalisierung können Schulen besser für mögliche künftige regionale Schließungen vorbereitet, entstandene Rückstände durch zusätzliche Lernangebote aufgeholt und die Qualität auch des regulären Unterrichts erhöht werden. Die Politik sollte über den Digitalpakt hinaus ein dauerhaftes Paket schnüren für eine bessere digitale Ausstattung der Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sowie eine Unterstützung durch multiprofessionelle Teams an Schulen. Dazu sollte durch mehr Schulautonomie, mehr Zusammenarbeit der Lehrkräfte und mehr Evaluation digitaler Konzepte die Qualität im Unterricht vor Ort erhöht werden können.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

IT-Kenntnisse: Hier lernen Erwachsene und Kinder programmieren - WELT Eine Fabrikhalle in Heilbronn, umgestaltet für die Generation der Digital Natives: Lange Tischreihen mit Rechnern und bunte Sitzsäcke lassen den großen Saal auf Fotos wie den Workspace eines Start-ups erscheinen. Hier sollen ab diesem Juni junge Erwachsene im Programmieren unterrichtet werden. Die Programmierschule 42 Heilbronn richtet sich an Menschen, die entweder gerade die Schule oder ein Studium und ein paar Berufsjahre hinter sich haben – die aber noch nicht viel Ahnung vom Programmieren haben. Coding, Algorithmen und wie Computer untereinander in Netzwerken kommunizieren sollen sie hier lernen, um später tatsächlich in Start-ups oder auch in großen Unternehmen wie Google Chatbots oder Apps zu entwickeln. Denn: Die wenigsten Schüler in Deutschland haben regulären Informatikunterricht oder lernen Programmieren. Vor allem, weil es an dafür ausgebildeten Lehrkräften fehlt. Angesichts der wachsenden Bedeutung von künstlicher Intelligenz in Alltag und Beruf sei dies ein schweres Versäumnis, sagt Nina Brandau, Referentin für Bildung beim Branchenverband Bitkom. „Informatikbildung heißt nicht nur: Wie bedient man ein Smartphone oder Tablet?“ Das wüssten die meisten Jugendlichen ohnehin. „Sondern: Wie entstehen eigentlich die Datensätze und Algorithmen hinter Geräten und Apps? Wie sind sie aufgebaut, was steuern sie, wie kommunizieren sie untereinander – und warum ist Datenschutz wichtig?“, zählt die Bitkom-Referentin auf. Es sei nicht nachvollziehbar, warum solche Themen im Lehramtsstudium praktisch nicht stattfinden und viele Lehrer deshalb meistens genauso ratlos seien wie ihre Schüler. Das Problem thematisieren Studien wie der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). „Zur Unterstützung der Digitalisierung an Schulen sollten sich Bund und Länder schnellstmöglich auf die Einstellung von mindestens

20.000 IT-Fachkräften einigen und die Aus- und Weiterbildungsverordnungen für Lehrkräfte reformieren“, fordert etwa INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. Die Rechtswissenschaftlerin Sabine Müller-Mall, die sich mit rechtlichen Fragen von künstlicher Intelligenz beschäftigt, sagt: „Wer alphabetisiert ist, kann Gesetzestexte nachlesen.“ Umgekehrt könne nur ein Bruchteil der Menschen die Algorithmen verstehen. „Es sollte deshalb schon in der Schule als Bildungsaufgabe und Pflichtfach begriffen werden, sich Grundkenntnisse der Programmiersprachen anzueignen.“ Wie Mathematik oder eine Fremdsprache. Ähnlich sieht es Thomas Bornheim, der Geschäftsführer der Programmierschule 42 Heilbronn. Der 45-Jährige brachte sich das Programmieren im Studium selbst bei. „Ich war immer sehr neugierig und daran interessiert, die Möglichkeiten des Internets auszuloten“, sagt er. Lange Zeit arbeitete er später bei Google im Silicon Valley. Auch in Deutschland habe sich jenseits hipper Start-ups inzwischen in den meisten großen Unternehmen die Erkenntnis durchgesetzt: „Die Wertschöpfung von Unternehmen hängt an exzellenter Software. Und dafür braucht es gute Programmierer.“ Doch Programmieren lernten selbst Informatikstudierende manchmal nicht während ihres Studiums, sagt Bornheim. Hochschulen bräuchten mitunter eine Weile, technologisch aktuelle Inhalte in die Lehre zu übersetzen. Institutionen wie 42 könnten dieses Angebot zeitnah bereitstellen, glaubt er. Interessierte können sich zunächst online für die Schule bewerben, die mittlerweile 33 Standorte in 20 Ländern hat. Wer mit seiner Motivation überzeugt, wird zu einem vierwöchigen Bootcamp eingeladen. Die ersten – wegen der Pandemie digitalen – Auswahlrunden für den Sommer laufen bereits. In den Bootcamps müssen die Bewerber in Teams Programmieraufgaben lösen – den Weg dahin müssen sie sich selbst in der Gruppe erarbeiten. Wer auch hier überzeugt, darf bleiben. Die Grundausbildung dauert sechs bis acht Monate. Danach folgen entweder Praktika in Unternehmen oder Spezialisierungen, etwa im Bereich Künstliche Intelligenz. Wer Talent hat, hat auch Chancen, aus dem Praktikum heraus übernommen zu werden. Auch während der Ausbildung gilt: Die jungen Erwachsenen lernen selbstständig im Team und sollen sich gegenseitig helfen. Für Fragen steht aber Lehrpersonal zur Verfügung, Lernsprache ist Englisch. Die Heilbronner Schule wird von der Dieter-Schwarz-Stiftung finanziert, in der das Vermögen der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) steckt. Deshalb ist das Studium, das nicht mit einem offiziellen Abschluss, sondern mit einem Zertifikat endet, kostenlos. Anderorts, etwa in dem Projekt „Daten Lesen Lernen“ am Zentrum für Statistik der Universität Göttingen, geht es zunächst einmal darum, Studierende überhaupt an Daten und an das Programmieren heranzuführen, um sie fit für die Anforderungen ihres

Studiums zu machen – quer durch alle Fächer. Herzstück ist die Lehrveranstaltung „Data Literacy“, die Bachelor-Studenten aller Fächer als Wahlpflichtveranstaltung belegen können. Viele Studenten haben Mathematik vor dem Abi abgewählt „Data Literacy“ vermittelt grundlegende Datenkompetenzen dabei praxisorientiert. Der Mathematiker Benjamin Säfken, der das Projekt betreut, sagt: „Meine Kollegen und ich werden die Studierenden natürlich nicht zu Programmierern ausbilden, sondern nur die Grundlagen vermitteln. Die Studierenden sollen algorithmisches Denken lernen, das haben viele nicht automatisch mitgegeben bekommen, speziell Geisteswissenschaftler.“ Viele der Studenten haben Mathematik in der Schule vor dem Abitur abgewählt und hatten Informatik nie als Fach in der Schule. In dem Kurs der Universität Göttingen soll nun genug Programmierwissen vermittelt werden, um zum Beispiel Datensätze in Diagramme und andere Visualisierungen umzuwandeln. Dabei kommen die Programmiersprachen R und Python zum Einsatz. „Archäologiestudierende können mithilfe von Algorithmen ein System entwickeln, um Objekte zu klassifizieren. Literaturwissenschaftler oder Sprachwissenschaftler können mittels Datenanalyse den Sprachstil von Schriftstellern miteinander vergleichen“, erklärt Säfken. Auch die inzwischen berühmte Plagiatsplattform VroniPlag Wiki arbeitet nach einem ähnlichen Muster. Wichtig sei ihm, den Studierenden zu vermitteln, „dass Programmieren nicht genialen Nerds vorbehalten ist, sondern dass das wirklich jeder lernen kann“, betont Säfken. Studentin Sonia Kuhls, die im siebten Semester VWL und Soziologie studiert, hat im vergangenen Jahr an dem „Data Literacy“-Kurs teilgenommen. „Ich habe in dem Kurs neben dem Programmieren vor allem auch gelernt, lösungsorientierter zu arbeiten“, sagt die 22-Jährige. „Denn wer mit Daten arbeitet, merkt schnell, dass das wie ein Dialog funktioniert: Von meiner Frage hängt ab, was für eine Antwort ich bekomme.“ Also müsse die Frage so präzise wie möglich gestellt werden. In ihrer Bachelorarbeit beschäftigt sie sich mit empirischer Datenanalyse und geht der Frage nach, wie sich die soziale Herkunft auf die Entscheidung zu studieren auswirkt. Kurse nur für Mädchen und Frauen Dass man bereits Kindern die Welt der Daten und das Programmieren nahebringen kann, zeigt die 2014 gegründete Hacker School in Hamburg, die sich mit Workshops und Kursen an Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 18 Jahren richtet. Eine Veranstaltung kostet im Schnitt 30 Euro pro Teilnehmer. Die Einrichtung kooperiert mit Unternehmen, die die Kurse in ihren Räumlichkeiten – oder aktuell als Online-Kurse – und von ihren eigenen IT-Spezialisten durchführen lassen. „So bekommen die Kinder gleich einen Eindruck davon, welche Bedeutung Daten in der Arbeitswelt haben“, sagt Julia Freudenberg, die Leiterin der

Hacker School, die auch Kurse nur für Mädchen und Frauen anbietet. In Programmierkursen lernen die Teilnehmer zum Beispiel, selbst ein kleines Spiel oder eine App zu programmieren. „Dabei bekommen die Kinder eine gute Vorstellung davon, wie kleinteilig Programmieren ist“, erklärt Freudenberg. Das sei eine gute Grundlage, um herauszufinden, ob man Spaß daran hat und sich weiter damit beschäftigen möchte.

D.2.3. 20.json

Eigenschaft	Wert
a_id	sVFro5FUViG7KDYc+BywKiTtiqs=
a_publication	insm_presse
a_date	2020-03-26T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/die-rentenformel-muss-gerechter-werden
b_id	y2weKQadubLn23lvUmcekXc2Au8=
b_publication	tonline
b_date	2021-06-10T00:00:00
b_author	None
b_url	https://www.t-online.de/-/90192228
scores	{"1": 0.3224043715846995, "3": 0.02346041055718475, "5": 0.008571428571428572, "hapax": 0.16153846153846155}

Text A

Die Rentenformel muss gerechter werden

Die jüngeren Generationen tragen die Hauptlast des demografischen Wandels. Wenn künftig die Anzahl der Rentner steigt und die der Beitragszahler sinkt, müssen höhere Kosten von weniger Schultern getragen werden. Um die unverhältnismäßige Belastung der Beitragszahler zu reduzieren, schlägt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) daher vor, die Rentenformel gerechter zu machen. 26. März 2020 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Gutachten herunterladen (PDF) In einer Studie für die INSM hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) dargelegt, welche Auswirkungen eine Anpassung der Rentenformel auf Beiträge und Renten hätte. Im Zentrum steht dabei der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor. Seine Gewichtung sollte nach Meinung der INSM von derzeit 0,25 auf 0,33 angehoben werden. Das würde bewirken, dass die Rentner künftig ein Drittel der

demografischen Belastung tragen, die Beitragszahler zwei Drittel. Derzeit tragen die Rentenbezieher nur ein Viertel, die Beitragszahler drei Viertel. Der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr, appelliert an Bundesregierung, sich für mehr Generationengerechtigkeit einzusetzen: „Derzeit tragen die jüngeren Generationen die Hauptlast des demografischen Wandels. Die faire Anpassung der Rentenformel entlastet die Beitragszahler und hält das Rentenniveau stabil.“ Bliebe die Gewichtung des Nachhaltigkeitsfaktors unverändert, würde der Beitragssatz bis 2060 auf 23,7 Prozent steigen und das Rentenniveau auf 43,7 Prozent sinken.* Durch die von der INSM geforderte Anpassung, stiege der Beitragssatz nur auf 22,6 Prozent, während das Rentenniveau moderat auf 43,1 Prozent sinken. Da ab 2030 die Rente mit 67 gilt, wird in beiden Fällen davon ausgegangen, dass ab 2031 zur Berechnung der Standardrente 47 Versicherungsjahre zugrunde gelegt werden. Diese Reform stellt aus Sicht der INSM eine wichtige Stellraube gerechter ein, kann aber grundlegende Reformen nicht ersetzen. Pellengahr: „Die Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung ist eine politische Herkulesaufgabe. Die jetzige Bunderegierung sieht sich offenbar dieser Aufgabe nicht gewachsen. Das erhöht den Druck auf künftige Regierungen, frühzeitig und verlässlich die Weichen für ein längeres Arbeitsleben zu stellen.“ * Die Corona-Krise wird sich erheblich auf die gesetzliche Rentenversicherung auswirken. Noch ist es zu früh, hier genaue Vorhersagen auf Grundlage empirischer Daten zu machen. Eines ist aber schon jetzt klar: Der Reformbedarf wächst zusätzlich. Andernfalls bremsen unkontrolliert steigende Lohnnebenkosten künftiges Wachstum und verhindern eine rasche Erholung. Die heute vorgestellte Studie basiert auf Annahmen aus der Vorkrisenzeit. Die veränderten Rahmenbedingungen ändern nichts an den in der Studie dargestellten Zusammenhängen und Auswirkungen. Nur die konkreten Zahlen werden deutlich anders ausfallen. Eine entsprechende Aktualisierung erfolgt, sobald belastbare Daten zur Verfügung stehen. Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Von wegen mit 68 – Ökonomen fordern Rente mit 70 Jahren

Der Beitragssatz soll nicht steigen, die Renten nicht markant sinken: Dieses Dilemma wollen Ökonomen mit einem späteren Renteneintritt lösen – ab 2052 erst mit 70 Jahren. Die Rente mit 68 reiche nicht mehr aus. Die Reaktion der Parteien ist eindeutig. Während die Vorschläge einiger Regierungsberater, das Rentenalter auf 68 Jahren zu erhöhen, bereits für Furore sorgen, legen Ökonomen des arbeitgebernahen Instituts der deut-

schen Wirtschaft (IW) noch einmal nach: Sie fordern eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre ab dem Jahr 2052. Die von Regierungsberatern diese Woche geforderte Erhöhung des Rentenalters auf 68 Jahre ab 2042 werde nicht ausreichen, zitierte die "Rheinische Post" am Donnerstag aus einer bis dahin unveröffentlichten IW-Studie. Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung werde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung unweigerlich steigen – trotz eines gleichzeitig sinkenden Rentenniveaus und trotz der Rente mit 67. Politisch erwünscht ist in Deutschland ein Beitragssatz von maximal 22 Prozent und ein Sicherungsniveau von mindestens 43 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitnehmer-Gehalts. Dies sei auf lange Sicht weder mit einer Beibehaltung des Renteneintrittsalters von 67 Jahren noch mit einer Erhöhung auf 68 Jahren zu bewerkstelligen, heißt es laut der Zeitung in der IW-Studie. Rentenalter ab 2031 schrittweise anheben "Mit einer fortgesetzten Anhebung der Regelaltersgrenze bis auf 70 Jahre ab 2052 ließe sich der Beitragssatzanstieg aber bremsen und gleichzeitig das Sicherungsniveau stabilisieren", erklärte IW-Studienautor Jochen Pimpertz laut "Rheinischer Post". Dafür müsse das Rentenalter ab 2031 pro Jahr um zwei Monate angehoben werden. Neue Studie: Mehrwertsteuer müsste wegen Rente auf 27 Prozent steigen Vorschlag vom Arbeitsminister: Selbstständige sollen in Rentenkasse einzahlen Umstrittener Vorschlag: Wie realistisch ist die Rente mit 68? Der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hatte am Montag ebenfalls empfohlen, das Renteneintrittsalter ab 2031 weiter schrittweise anzuheben und an die gestiegene Lebenserwartung zu koppeln. Ab 2042 würde nach dieser Empfehlung das nötige Rentenalter von 68 Jahren erreicht. Parteiübergreifend stieß der Vorschlag auf heftigen Widerspruch. Nachrichtenagentur AFP

D.2.4. 29.json

Eigenschaft	Wert
a_id	xVodK6/MKZcU1g2ILN80myVKYNk=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-03-30T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/allensbach-umfrage-das-vertrauen-in-die-soziale-marktwirtschaft-steht-nach-20-jahren-noch-nicht-auf-den-fuessen
b_id	mGFOwafwlJlpiOcGMB0Q7yuol0g=
b_publication	FAZ_Wirtschaft

Eigenschaft	Wert
b_date	2021-03-30T00:00:00
b_author	Julia Löhr
b_url	https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/allensbach-umfrage-zeigt-rueckhalt-fuer-soziale-marktwirtschaft-1722511.html
scores	{"1": 0.3588850174216028, "3": 0.061191626409017714, "5": 0.01875, "hapax": 0.1354166666666666}

Text A

Allensbach-Umfrage: Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft steigt in der Krise

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat eine gute Meinung von unserem Wirtschaftssystem. Mit 54 Prozent Zustimmung erreicht der Wert damit wieder einen Höchspunkt. Vor zehn Jahren hatten nur 48 Prozent eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft, 2005 waren es sogar nur 25 Prozent, so das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) in einer repräsentativen Umfrage für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). 30. März 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF)Umfrage herunterladen (PDF)Präsentation herunterladen (PDF) Explizit keine gute Meinung haben derzeit nur 17 Prozent. Mit Blick auf die aktuellen wirtschaftlichen Probleme wollen daher fast zwei Drittel (64 Prozent) das Wirtschaftssystem nicht grundlegend infrage stellen, das wollen nur 18 Prozent. Den Glauben, dass es einem persönlich besser ginge, wenn der Staat stärker in die wirtschaftlichen Abläufe eingriffe, hat nur eine verschwindend kleine Minderheit von 8 Prozent – der niedrigste Wert seit über 15 Jahren. Während 2005 nur 24 Prozent befürchteten, dass es ihnen in einem anderen System schlechter ginge, sind davon derzeit 39 Prozent überzeugt. 22 Prozent vermuten, dass es ihnen in einem Wirtschaftssystem weder schlechter noch besser ginge als heute. Entsprechend ist inzwischen eine relative Mehrheit von 37 Prozent davon überzeugt, dass die Marktwirtschaft zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, nur 26 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. Das ist ein deutlicher Meinungsumschwung. Seit über 20 Jahren war durchgehend mindestens eine relative Mehrheit nicht davon überzeugt, dass Marktwirtschaft zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt. Die Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus steht bei der Bevölkerung nach wie vor ganz oben auf der Liste der dringlichsten politischen Ziele. Dazu gehört auch, für ausreichend Pflegekräfte zu sorgen, verlässlichen Schulunterricht zu gewährleisten und das Gesundheitssystem zu stärken. Dafür zu sorgen,

dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht größer werden, wird als gleich wichtig bewertet, wie die Wirtschaft zu stärken und für Wirtschaftswachstum zu sorgen. Auf die Frage, was in den nächsten Jahren vor allem zu tun sei, sagen 52 Prozent, es sei wichtiger, dass es bald wieder bergauf gehe. 30 Prozent wollen vor allem soziale Unterschiede verringern, 18 Prozent sind unentschieden. Die bisherigen Anstrengungen der Politik, die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie zu begrenzen, hält die Mehrheit der Bevölkerung für unzureichend. Die Leiterin des IfD Allensbach, Prof. Dr. Renate Köcher: „Nur 28 Prozent haben den Eindruck, dass der Staat die betroffenen Teile der Wirtschaft ausreichend unterstützt, 54 Prozent fordern hier verstärkte Anstrengungen. Überdurchschnittlich fordern die ostdeutsche Bevölkerung und die schwächeren sozialen Schichten ein verstärktes Engagement des Staates ein.“ Der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr, ist davon überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft mit einem gestärkten Ansehen aus der Krise hervorgehen wird: „Nur 14 Prozent glauben, dass es ein besseres Wirtschaftssystem gibt, die meisten glauben, dass es ihnen ohne Marktwirtschaft schlechter ginge. Je schneller wir nach der akuten Krise wieder zu alter Stärke zurückfinden – zur Aufgabenteilung der Sozialen Marktwirtschaft zwischen einem starken Staat, der seine administrativen Kernaufgaben effizient erfüllt und eigenverantwortlich handelnden Bürgerinnen und Bürgern sowie innovativen Unternehmen, die die Märkte von morgen im Blick haben – desto leichter können wir auch alle anderen Probleme lösen. Die wachsende Skepsis gegenüber staatlichem Einfluss sollte der Politik dabei eine Lehre sein“, so Pellengahr. Presse-sprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Allensbach-Umfrage: Mehr Wirtschaft, weniger Staat

Der Abgeordnete Eckhard Gnadtke (CDU) sitzt während einer Debatte im Bundestag vor einer Reihe leerer Stühle. Bild: dpa Laut einer Umfrage genießt die soziale Marktwirtschaft so viel Vertrauen wie lange nicht. So sieht eine Mehrheit der Befragten die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre darin, die Wirtschaft nach der Pandemie zu stabilisieren. 2 Min. Permalink: <https://www.faz.net/-gqe-aa6mw> Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist so hoch wie lange nicht. 54 Prozent der Menschen haben eine gute Meinung vom deutschen Wirtschaftssystem. Das sind mehr als doppelt so viele wie 2005, als dies nur 25 Prozent der Bürger sagten. Allerdings machen sich viele Bürger Sorgen, ob durch die Corona-Krise die soziale Spaltung der Gesellschaft zunimmt. Zu diesen

Ergebnissen kommt eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach unter rund 1000 Bürgern ab 16 Jahren, die im Auftrag der von der Metallindustrie finanzierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) entstanden ist. Als wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren betrachtet eine Mehrheit von 52 Prozent, dass es nach der Corona-Krise wirtschaftlich schnell wieder bergauf geht. Dagegen halten es nur 30 Prozent der Befragten für die vordringlichste Aufgabe, soziale Unterschiede zu verringern. Das ist insofern bemerkenswert, weil zugleich 73 Prozent erwarten, dass die Pandemie die sozialen Unterschiede in Deutschland vergrößert. Spannend wird sein, ob sich der gewünschte Vorrang von wirtschaftlichen vor sozialen Fragen auch in den Ergebnissen der anstehenden Wahlen widerspiegeln wird. 38 Prozent der Befragten halten die aktuellen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft für überzogen, 31 Prozent empfinden sie als angemessen, nur 5 Prozent wünschen sich stärkere staatliche Eingriffe. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn es um die grundständische Haltung zum staatlichen Einfluss auf das Wirtschaftssystem geht. Nur eine Minderheit von 8 Prozent der Befragten ist davon überzeugt, dass es ihnen persönlich besser ginge, wenn der Staat stärker in wirtschaftliche Abläufe eingreifen würde. 39 Prozent sagen, ihnen ginge es wahrscheinlich schlechter. Im Jahr 2005 glaubten noch 12 Prozent der Befragten, dass es ihnen mit mehr staatlichem Einfluss besser gehen würde, nur 33 Prozent, dass dies schlechter wäre. „Der Wirtschaft wird ein hohes Maß an Effizienz zugeschrieben“, sagte Institutsleiterin Renate Köcher. Über den Staat würden das dagegen die wenigsten sagen. Auffällig seien allerdings die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. „Nach wie vor steht die ostdeutsche Bevölkerung dem Wirtschaftssystem deutlich distanzierter gegenüber als die westdeutsche“, heißt es in der Auswertung. Für bemerkenswert hält Köcher, dass 32 Prozent der Bürger erwarten, dass Corona die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwächen wird. „Die Bürger schätzen die Perspektiven deutlich schlechter ein als Wirtschaftsforschungsinstitute, Politik und die Wirtschaft selbst.“ Über die jüngsten Vorwürfe, die Wirtschaft teste zu wenig und ermögliche zu wenig Homeoffice, zeigte sich Köcher erstaunt. „Mich wundert, warum die Politik nicht würdigt, welche Anstrengungen die Wirtschaft unternimmt.“ Quelle: F.A.Z. Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben. Ananas Kaufmann nennt Querdenker „Nichtdenker“, Wolfgang W. kann verstehen, warum man gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße geht. Ihr Gespräch zeigt eindrücklich: Konträre politische Einstellungen stehen der persönlichen Annäherung nicht im Weg. Interdisziplinär besetzt war der Corona-Expertenrat, von dem sich NRW-Ministerpräsident Laschet bera-

ten ließ. Sein Düsseldorfer Modell würde der Kanzlerkandidat Laschet bald gern auf den Bund übertragen. Repräsentative Umfrage: Mehr Wirtschaft, weniger Staat Allensbach-Umfrage Mehr Wirtschaft, weniger Staat Von Julia Löhr, Berlin Laut einer Umfrage genießt die soziale Marktwirtschaft so viel Vertrauen wie lange nicht. So sieht eine Mehrheit der Befragten die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre darin, die Wirtschaft nach der Pandemie zu stabilisieren. Ein Fehler ist aufgetreten. Bitte überprüfen Sie Ihre Eingaben. Beitrag per E-Mail versenden Vielen DankDer Beitrag wurde erfolgreich versandt.

D.2.5. 184.json

Eigenschaft	Wert
a_id	PFKt7wMSqM8rzCQo6SGcdpZ/Z3o=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-06-07T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/retenversprechen-von-gruenen-spd-und-linken-kosten-64-milliarden
b_id	aWRPCLdsn6vSqJiY9U+814Lit5k=
b_publication	ntvde
b_date	2021-06-10T00:00:00
b_author	n-tv NACHRICHTEN
b_url	https://www.n-tv.de/politik/Okonomen-fordern-ab-2052-Rente-mit-70-article22608021.html
scores	{"1": 0.4009433962264151, "3": 0.05034324942791762, "5": 0.026373626373626374, "hapax": 0.2013888888888889}

Text A

Was kosten die Rentenversprechen der Parteien?

Die Stimmen von Rentnerinnen und Rentnern sind im Wahlkampf heiß begehrt. Grüne und SPD locken mit dem Versprechen, das sogenannte Rentenniveau dauerhaft nicht unter 48 Prozent sinken zu lassen, DIE LINKE fordert sogar 53 Prozent. 7. Juni 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Zur Studie (PDF) Zum Parteiprogramm-Check (PDF) Allein das 48-Prozent-Ziel würde im Jahr 2040 die Beitrags- und Steuerzahlenden voraussichtlich 64 Milliarden Euro zusätzlich kosten, so das Institut der deutschen

Wirtschaft (IW) in einem Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr, warnt vor einem erneuten Überbietungswettkampf mit rentenpolitischen Versprechen. „Was als vermeintliche Wohltat angepriesen wird, entpuppt sich schnell als Kostenfalle für künftige Generationen. Die Politik muss aufhören, auf Kosten der Jüngeren auf Stimmenfang bei den Älteren zu gehen. Schon die Belastungen der Rente mit 63 und der Mütterrente bringen das Rentensystem an den Rand der Finanzierbarkeit. Dabei wären mehr Gerechtigkeit und langfristige Stabilität mit vergleichsweise überschaubaren Eingriffen machbar. Die von uns seit Langem geforderte sozial verträgliche Neujustierung des Nachhaltigkeitsfaktors und des Renteneintrittsalters würden das bewährte System stabilisieren und nachhaltiger finanzieren. Ohne dass dabei eine Generation gegenüber der anderen benachteiligt wird.“ Wie sehr die gesetzliche Rente in Deutschland auf ein Finanzierungsproblem zusteht, machte heute auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium klar. Die FAZ zitiert den Vorsitzenden des Beirats zu den Auswirkungen einer Verlängerung der „doppelten Haltelinie“ mit den Worten: „Das würde den Bundeshaushalt sprengen und wäre auch mit massiven Steuererhöhungen nicht finanzierbar.“ Die INSM fordert daher, statt das ohnehin demografisch strapazierte Rentensystem zusätzlich zu belasten, stabilisierende Reformen zur gerechteren Verteilung der Belastung zu beschließen. Und das spätestens in der kommenden Legislaturperiode. In einem Update des „Generationenchecks“ hat das IW berechnet, wie eine gerechtere und weitsichtigere Politik für sicherere Renten und finanzierbare Beiträge sorgen könnte. Ohne weitere Reformen würde der demografische Wandel im Jahr 2040 (2060) zu einem Beitragssatz von 22,1 (23,6) Prozent führen. Das Sicherungsniveau läge dann bei 45,8 (44,4) Prozent. Würde man den Vorschlag der INSM umsetzen und den Nachholfaktor wieder aktivieren, den Nachhaltigkeitsfaktor fairer gestalten und die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung koppeln, ließe sich das Sicherungsniveau 2040 (2060) bei 44,8 (43,9) Prozent und der Beitragssatz ab 2040 bei 20,8 Prozent dauerhaft stabilisieren. Studienleiter Dr. Jochen Pimpertz: „Die bis zum Jahr 2030 gesetzlich definierten Haltelinien von maximal 22 Prozent Beitragssatz und mindestens 43 Prozent Sicherungsniveau würden sogar bis zum Jahr 2060 eingehalten und damit die Anfang des Jahrtausends neu justierte ‚Generationenbalance‘ nachhaltig gesichert.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Ökonomen fordern ab 2052 "Rente mit 70"

Nur so bleiben Beiträge stabil Ökonomen fordern ab 2052 "Rente mit 70" Viele Parteien haben sich bereits klar gegen die Rente mit 68 ausgesprochen, da gehen die Pläne des Instituts der deutschen Wirtschaft noch weiter: Nach einer Studie müsste das Eintrittsalter ab 2052 sogar auf 70 Jahre angehoben werden. Den Berechnungen zufolge lohnt sich das für die Rentner. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre ab dem Jahr 2052 gefordert. Die von Regierungsberatern in dieser Woche geforderte Erhöhung des Rentenalters auf lediglich 68 Jahre ab Anfang 2040-er Jahre werde nicht ausreichen, um den Renten-Beitragssatz dauerhaft unter der politisch erwünschten Haltelinie von 22 Prozent zu stabilisieren, heißt es in einer noch unveröffentlichten Studie des Kölner Instituts, die bisher nur der "Rheinischen Post" vorliegt. Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung werde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung unweigerlich steigen - trotz eines gleichzeitig sinkenden Rentenniveaus und trotz der Rente mit 67, heißt es in der Studie. "Mit einer fortgesetzten Anhebung der Regelaltersgrenze bis auf 70 Jahre ab 2052 ließe sich der Beitragssatzanstieg aber bremsen und gleichzeitig das Sicherungsniveau stabilisieren", rät IW-Studienautor Jochen Pimpertz laut Rheinischer Post. Rente fällt bei geringerem Beitrag höher aus Würde das Rentenalter ab 2031 pro Jahr weiter um zwei Monate schrittweise angehoben, läge das Rentenalter 2052 bei 70 Jahren und könnte dort fixiert werden, heißt es weiter. In diesem Fall würde der Beitragssatz 2040 bei 21,4 Prozent eines Brutto-Monatsgehalts und 2060 bei 21,3 Prozent dauerhaft stabilisiert werden können. Er läge damit um 2,3 Prozentpunkte niedriger, als wenn das Rentenalter von 67 Jahren beibehalten würde. Das Rentenniveau läge beim weiteren Anstieg des Rentenalters auf 70 im Jahr 2040 bei 46,3 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitnehmer-Gehalts und im Jahr 2060 bei 45,6 Prozent - und damit um 1,2 Punkte höher als bei Beibehaltung der Rente mit 67. "Mit einer weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze nach 2031 können also bei gleichzeitiger Verlängerung des Erwerbslebens die bis 2030 definierten Haltelinien von maximal 22 Prozent Beitragssatz und mindestens 43 Prozent Sicherungsniveau dauerhaft unterschritten beziehungsweise übertrifft werden", resümiert die Studie. Auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hatte am Montag empfohlen, das Renteneintrittsalter ab 2031 weiter schrittweise anzuheben und an die gestiegene Lebenserwartung zu koppeln - und damit heftigen Widerspruch der Parteien ausgelöst. Es müsse über 67 Jahre hinaus erhöht werden, um auch künftigen Generationen eine Rente wie den aktuellen Rentnergenerationen

zu ermöglichen, lautete der Appell der Regierungsberater. Ab 2042 würde nach der Empfehlung des Beirats das Rentenalter von 68 Jahren erreicht. Quelle: ntv.de, als

D.2.6. 185.json

Eigenschaft	Wert
a_id	PFKt7wMSqM8rzCQo6SGcdpZ/Z3o=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-06-07T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/retenversprechen-von-gruenen-spd-und-linken-kosten-64-milliarden
b_id	y2weKQadubLn23lvUmcekXc2Au8=
b_publication	tonline
b_date	2021-06-10T00:00:00
b_author	None
b_url	https://www.t-online.de/-/90192228
scores	{"1": 0.3551912568306011, "3": 0.03225806451612903, "5": 0.008571428571428572, "hapax": 0.23846153846153847}

Text A

Was kosten die Rentenversprechen der Parteien?

Die Stimmen von Rentnerinnen und Rentnern sind im Wahlkampf heiß begehrte. Grüne und SPD locken mit dem Versprechen, das sogenannte Rentenniveau dauerhaft nicht unter 48 Prozent sinken zu lassen, DIE LINKE fordert sogar 53 Prozent. 7. Juni 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Zur Studie (PDF) Zum Parteiprogramm-Check (PDF) Allein das 48-Prozent-Ziel würde im Jahr 2040 die Beitrags- und Steuerzahlenden voraussichtlich 64 Milliarden Euro zusätzlich kosten, so das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einem Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr, warnt vor einem erneuten Überbietungswettkampf mit rentenpolitischen Versprechen. „Was als vermeintliche Wohltat angepriesen wird, entpuppt sich schnell als Kostenfalle für künftige Generationen. Die Politik muss aufhören, auf Kosten der Jüngeren auf Stimmenfang bei den Älteren zu gehen. Schon die Belastungen der Rente mit 63 und der Mütterrente bringen das Rentensystem an den Rand der Finanzierbarkeit. Dabei wären mehr Ge-

rechtheit und langfristige Stabilität mit vergleichsweise überschaubaren Eingriffen machbar. Die von uns seit Langem geforderte sozial verträgliche Neujustierung des Nachhaltigkeitsfaktors und des Renteneintrittsalters würden das bewährte System stabilisieren und nachhaltiger finanzieren. Ohne dass dabei eine Generation gegenüber der anderen benachteiligt wird.“ Wie sehr die gesetzliche Rente in Deutschland auf ein Finanzierungsproblem zusteht, machte heute auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium klar. Die FAZ zitiert den Vorsitzenden des Beirats zu den Auswirkungen einer Verlängerung der „doppelten Haltelinie“ mit den Worten: „Das würde den Bundeshaushalt sprengen und wäre auch mit massiven Steuererhöhungen nicht finanziert.“ Die INSM fordert daher, statt das ohnehin demografisch strapazierte Rentensystem zusätzlich zu belasten, stabilisierende Reformen zur gerechteren Verteilung der Belastung zu beschließen. Und das spätestens in der kommenden Legislaturperiode. In einem Update des „Generationenchecks“ hat das IW berechnet, wie eine gerechtere und weitsichtigere Politik für sicherere Renten und finanziertbarere Beiträge sorgen könnte. Ohne weitere Reformen würde der demografische Wandel im Jahr 2040 (2060) zu einem Beitragssatz von 22,1 (23,6) Prozent führen. Das Sicherungsniveau läge dann bei 45,8 (44,4) Prozent. Würde man den Vorschlag der INSM umsetzen und den Nachholfaktor wieder aktivieren, den Nachhaltigkeitsfaktor fairer gestalten und die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung koppeln, ließe sich das Sicherungsniveau 2040 (2060) bei 44,8 (43,9) Prozent und der Beitragssatz ab 2040 bei 20,8 Prozent dauerhaft stabilisieren. Studienleiter Dr. Jochen Pimpertz: „Die bis zum Jahr 2030 gesetzlich definierten Haltelinien von maximal 22 Prozent Beitragssatz und mindestens 43 Prozent Sicherungsniveau würden sogar bis zum Jahr 2060 eingehalten und damit die Anfang des Jahrtausends neu justierte ‚Generationenbalance‘ nachhaltig gesichert.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Von wegen mit 68 – Ökonomen fordern Rente mit 70 Jahren

Der Beitragssatz soll nicht steigen, die Renten nicht markant sinken: Dieses Dilemma wollen Ökonomen mit einem späteren Renteneintritt lösen – ab 2052 erst mit 70 Jahren. Die Rente mit 68 reiche nicht mehr aus. Die Reaktion der Parteien ist eindeutig. Während die Vorschläge einiger Regierungsberater, das Rentenalter auf 68 Jahren zu erhöhen, bereits für Furore sorgen, legen Ökonomen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) noch einmal nach: Sie fordern eine Anhebung des

Renteneintrittsalters auf 70 Jahre ab dem Jahr 2052. Die von Regierungsberatern diese Woche geforderte Erhöhung des Rentenalters auf 68 Jahre ab 2042 werde nicht ausreichen, zitierte die "Rheinische Post" am Donnerstag aus einer bis dahin unveröffentlichten IW-Studie. Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung werde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung unweigerlich steigen – trotz eines gleichzeitig sinkenden Rentenniveaus und trotz der Rente mit 67. Politisch erwünscht ist in Deutschland ein Beitragssatz von maximal 22 Prozent und ein Sicherungsniveau von mindestens 43 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitnehmer-Gehalts. Dies sei auf lange Sicht weder mit einer Beibehaltung des Renteneintrittsalters von 67 Jahren noch mit einer Erhöhung auf 68 Jahren zu bewerkstelligen, heißt es laut der Zeitung in der IW-Studie. Rentenalter ab 2031 schrittweise anheben "Mit einer fortgesetzten Anhebung der Regelaltersgrenze bis auf 70 Jahre ab 2052 ließe sich der Beitragssatzanstieg aber bremsen und gleichzeitig das Sicherungsniveau stabilisieren", erklärte IW-Studienautor Jochen Pimpertz laut "Rheinischer Post". Dafür müsse das Rentenalter ab 2031 pro Jahr um zwei Monate angehoben werden. Neue Studie: Mehrwertsteuer müsste wegen Rente auf 27 Prozent steigen Vorschlag vom Arbeitsminister: Selbstständige sollen in Rentenkasse einzahlen Umstrittener Vorschlag: Wie realistisch ist die Rente mit 68? Der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hatte am Montag ebenfalls empfohlen, das Renteneintrittsalter ab 2031 weiter schrittweise anzuheben und an die gestiegene Lebenserwartung zu koppeln. Ab 2042 würde nach dieser Empfehlung das nötige Rentenalter von 68 Jahren erreicht. Parteiübergreifend stieß der Vorschlag auf heftigen Widerspruch. Nachrichtenagentur AFP

D.2.7. 190.json

Eigenschaft	Wert
a_id	WiANisbdq6PUI3MzyxtNGddmFF8=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-02-25T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/populistische-klassenkaempferattituued-estatt-wachstumsfoerdernde-s
b_id	q9OU/jSCvhaHcDhN5vco1HN3JVk=
b_publication	BILD_Politik
b_date	2021-02-25T00:00:00

Eigenschaft	Wert
b_author	None
b_url	https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ spd-olaf-scholz-will-reichensteuer-durchsetzen-75532098. bild.html
scores	{"1": 0.39351851851851855, "3": 0.13315926892950392, "5": 0.11282051282051282, "hapax": 0.1962025316455696}

Text A

Populistische Klassenkämpferattitüde statt wachstumsfördernde Sachpolitik

Bundesfinanzminister Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. 25. Februar 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen derzeit mehr als die Hälfte des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens. 30 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen gar keine Lohn- oder Einkommensteuer. Was meint also Bundesfinanzminister Olaf Scholz, wenn er fordert, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“? Diese Forderung ist längst erfüllt, was er als Finanzminister besser als alle anderen wissen müsste. Unter den OECD-Staaten gibt es nur wenige Länder, die faktisch eine höhere Umverteilung erreichen. Die Corona-Krise hat die Lastenverteilung sogar weiter zuungunsten der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Erste Studien zu den Verteilungswirkungen der Corona-Krise zeigen, dass die Verluste an verfügbaren Einkommen vor allem bei den oberen 10 Prozent zu finden sind. Während für die unteren Einkommen Ausgleichsmechanismen durch Sozialleistungen greifen, schlagen die Veränderungen der Markteinkommen am oberen Ende der Verteilung auf das verfügbare Einkommen durch. Scholz fordert zusätzliche Steuereinnahmen durch die Reaktivierung der Vermögensteuer vorgeblich „damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung haben“. Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. Fakt ist, dass die Steuereinnahmen zwischen 2010 und 2019 um 75 Prozent gestiegen sind, während die Einkommen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Schnitt nur um knapp 30 Prozent gestiegen sind. Die Staatskasse hat vom letzten Aufschwung deutlich stärker profitiert als

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr, vermutet, dass der SPD-Kanzlerkandidat aktuell mit der Aufstellung eines verfassungskonformen Bundeshaushalts überfordert ist und dafür die Schuld bei anderen sucht. „Mit seiner populistischen Klassenkämpferattitüde versucht Scholz die Lücken in seiner Haushaltsplanung zu überdecken, statt sich Gedanken um eine wachstumsfördernde Sachpolitik zu machen. Er weiß ganz genau, dass wir die Folgen der Krise nur durch erhöhtes Wachstum bewältigen können. Statt Wachstumsimpulse zu entwickeln, macht er sich lieber Gedanken, wie der Staat künftige Mehreinnahmen generieren kann. Kein Wunder, dass Scholz auch auf die rund elf Milliarden Euro nicht verzichten will, die ihm der Fortbestand des Solis weiterhin in die Kasse spült. Der Soli war aber nicht als Haushaltsdoping für überforderte Finanzminister gedacht, sondern als solidarischer Beitrag aller Steuerzahlenden zu den Kosten der Deutschen Einheit. Diese Rechnung wurde inzwischen beglichen, weshalb der Soli nicht nur für manche, sondern für alle entfallen muss. Alles andere wäre obendrein verfassungswidrig. Wer da mit Entscheidungen ‚gegen das Volk‘ argumentiert, bedient sich nicht nur sprachlich an der Argumentationsweise von Populistern.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

SPD: Olaf Scholz will eine Steuer für Reiche durchsetzen

Paukenschlag im Super-Wahljahr | Scholz will Steuererhöhungen für Beserverdiener Paukenschlag im Super-Wahljahr! SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz (62) will in der kommenden Legislaturperiode Steuererhöhungen für Beserverdienende und Vermögende sowie Entlastungen für untere und mittlere Einkommen durchsetzen. Er wisse sich „mit der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einig, dass wir unser Steuersystem gerechter gestalten müssen“, sagte der Bundesfinanzminister der „Rheinischen Post“. Lesen Sie auch Corona-Klartext von Bouffier „Die Leute haben die Schnauze voll!“ Da hat einer seinem Corona-Zorn freien Lauf gelassen! Hessen-MP Volker Bouffier regt sich gewaltig über die Corona-Politik auf. Zur Steuergerechtigkeit gehöre, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“, so Scholz. Die SPD befürworte zudem die Vermögensteuer, damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung hätten. Auch Interessant Steuererleichterungen für hohe Einkommen wie die von Union und FDP ge-

forderte komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags wären hingegen „eine Entscheidung gegen das Volk“, sagte Scholz. Lesen Sie auch Medienbericht „Tagesspiegel“ erhebt Vorwürfe gegen Jens Spahn Gesundheitsminister Spahn ließ nach einem Bericht des „Tagesspiegel“ offenbar Journalisten ausforschen. Es geht um Immobiliengeschäfte. ANZEIGE: Wie am Monatsende mehr Gehalt übrig bleibt - Hier sind die Spartipps der Experten Der Soli werde nur noch von 1,35 Millionen Bürgern gezahlt. Auf die daraus entstehenden Einnahmen von gut elf Milliarden Euro pro Jahr könne aber nicht verzichtet werden. Scholz will zudem die derzeitige Finanzpolitik mit hohen, kreditfinanzierten Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Krise auch 2022 und in den Jahren danach fortsetzen. Die Bundesregierung habe entschieden, „sich mit aller Kraft gegen die Pandemie und ihre Folgen zu stemmen“, sagte er: „Da gilt es zu klotzen, nicht zu kleckern.“ Weder bei den Zukunftsinvestitionen noch beim Sozialstaat „dürfen wir jetzt knausern, sonst verspielen wir die Chancen unseres Landes“, so Scholz. Wie nach der Finanzkrise von 2008/09 werde der Bund aber „mittelfristig aus den Schulden wieder herauswachsen“.

D.2.8. 191.json

Eigenschaft	Wert
a_id	WiANisbdq6PUI3MzyxtNGddmFF8=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-02-25T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/populistische-klassenkaempferattituude-statt-wachstumsfoerdernde-s
b_id	TjNTmwI+2ej5wUoVFQWMfP2Pf5Q=
b_publication	focuspolitik
b_date	2021-02-26T00:00:00
b_author	Von Gastautor Gabor Steingart
b_url	https://www.focus.de/politik/gastbeitrag-von-gabor-steingart-die-5-irrtuemer-des-olaf-scholz_id_13023728.html
scores	{"1": 0.25595238095238093, "3": 0.061746987951807226, "5": 0.047337278106508875, "hapax": 0.1171875}

Text A

Populistische Klassenkämpferattitüde statt wachstumsfördernde Sachpolitik

Bundesfinanzminister Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. 25. Februar 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen derzeit mehr als die Hälfte des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens. 30 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen gar keine Lohn- oder Einkommensteuer. Was meint also Bundesfinanzminister Olaf Scholz, wenn er fordert, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“? Diese Forderung ist längst erfüllt, was er als Finanzminister besser als alle anderen wissen müsste. Unter den OECD-Staaten gibt es nur wenige Länder, die faktisch eine höhere Umverteilung erreichen. Die Corona-Krise hat die Lastenverteilung sogar weiter zu ungünsten der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Erste Studien zu den Verteilungswirkungen der Corona-Krise zeigen, dass die Verluste an verfügbaren Einkommen vor allem bei den oberen 10 Prozent zu finden sind. Während für die unteren Einkommen Ausgleichsmechanismen durch Sozialleistungen greifen, schlagen die Veränderungen der Markteinkommen am oberen Ende der Verteilung auf das verfügbare Einkommen durch. Scholz fordert zusätzliche Steuereinnahmen durch die Reaktivierung der Vermögensteuer vorgeblich „damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung haben“. Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. Fakt ist, dass die Steuereinnahmen zwischen 2010 und 2019 um 75 Prozent gestiegen sind, während die Einkommen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Schnitt nur um knapp 30 Prozent gestiegen sind. Die Staatskasse hat vom letzten Aufschwung deutlich stärker profitiert als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr, vermutet, dass der SPD-Kanzlerkandidat aktuell mit der Aufstellung eines verfassungskonformen Bundeshaushalts überfordert ist und dafür die Schuld bei anderen sucht. „Mit seiner populistischen Klassenkämpferattitüde versucht Scholz die Lücken in seiner Haushaltsplanung zu überdecken, statt sich Gedanken um eine wachstumsfördernde Sachpolitik zu machen. Er weiß ganz genau, dass wir die Folgen der Krise nur durch erhöhtes Wachstum bewältigen können. Statt Wachstumsimpulse zu entwickeln, macht er sich lieber Gedanken, wie der Staat künftige Mehreinnahmen generieren kann. Kein Wunder, dass Scholz auch auf die rund elf Milliarden Euro nicht verzich-

ten will, die ihm der Fortbestand des Solis weiterhin in die Kasse spült. Der Soli war aber nicht als Haushaltsdoping für überforderte Finanzminister gedacht, sondern als solidarischer Beitrag aller Steuerzahlenden zu den Kosten der Deutschen Einheit. Diese Rechnung wurde inzwischen beglichen, weshalb der Soli nicht nur für manche, sondern für alle entfallen muss. Alles andere wäre obendrein verfassungswidrig. Wer da mit Entscheidungen „gegen das Volk“ argumentiert, bedient sich nicht nur sprachlich an der Argumentationsweise von Populistern.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Scholz nimmt Besserverdiener ins Visier: So wird das nichts mit der Bundestagswahl

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz spricht sich für Steuererhöhungen für Besserverdienende aus. Dabei ignoriert er fünf Fakten, die ein SPD-Wahlkämpfer besser nicht ignorieren sollte. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat die Jagdsaison auf die Besserverdiener eröffnet. Rechtzeitig vor Beginn des Bundestagswahlkampfes gibt er sich als Kandidat einer nach links gerückten Sozialdemokratie zu erkennen. Er sagt: Ich weiß mich mit der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einig, dass wir unser Steuersystem gerechter gestalten müssen. Und er sagt: Dazu gehört, dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Er befürworte auch eine Vermögenssteuer, „damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung haben.“ Fest steht: Scholz, der Heutige, dementiert damit jene Werte, für die er einst an der Seite von Gerhard Schröder stritt. Der damalige Kanzler einer rot-grünen Regierung versprach 2003 in seiner Agenda-2010-Rede vor dem Deutschen Bundestag nicht mehr Staat und höhere Steuern, sondern warb für mehr Eigenverantwortung. Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Surftipp: SPD - Olaf Scholz: Einkommen, Frau und Finanz-Probleme Scholz ignoriert 5 Fakten, die ein SPDler im Wahlkampf nicht ignorieren sollte Die neue Scholz-Rhetorik reflektiert die Machtverschiebung innerhalb der SPD. Dabei werden jene fünf Fakten ignoriert, die ein SPD-Wahlkämpfer, zumindest wenn er die Mitte der Gesellschaft erreichen will, besser nicht ignorieren sollte: 1. Dem Steuerstaat sind Grenzen gesetzt, weil das Grundgesetz in Artikel 14 und 15 das Eigentum schützt und das Bundesverfassungsgericht den Begehrlichkeiten der Politik immer wieder enge Limitationen setzt, insbesondere wenn in die Vermögenssub-

stanz von Betrieben und Personen eingegriffen werden soll. Oder anders formuliert: Wer die Lippen spitzt, muss auch pfeifen können. Shopping-Deal mit FOCUS Online - Der erste zugelassene Corona-Schnelltest für zu Hause – 20 Antigentests für 159 Euro 2. Als effektive Einnahmequelle des Staates funktionieren Steuererhöhungen nur im Mittelbau der Gesellschaft, weshalb die Kanzler aller Couleur in der Vergangenheit hier schon reichlich zugegriffen haben. Ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 57.919 Euro zählen Alleinverdienende und ab einem Bruttoeinkommen von 115.838 Ehepaare heute bereits zu den Besserverdienern. Sie zahlen den Spitzensteuersatz von 42 Prozent. So wurde der klassische Facharbeiter zur Melkuh, dem die Parteien regelmäßig ans Euter greifen. 3. Vermögens- und Erbschaftssteuer wiederum, die nicht beim Einkommen, sondern beim Besitz zulangen, haben sich im Land der Familienunternehmer als ökonomisch fatale Konstruktion erwiesen, weil sie Produktivvermögen besteuern würden, das erst veräußert werden müsste, damit die Steuerschuld beglichen werden kann. Das aber bedeutet: Mehr Geld für den Staat würde weniger Arbeitsplätze für alle bedeuten. Eine SPD, die nicht lebensmüde ist, wird dieses Versprechen daher niemals einlösen wollen. Bundestagswahl: Mit Steuererhöhungen treibt SPD die untere Mittelschicht in die Arme von Union und FDP 4. Steuererhöhungsfantasien sind schon deshalb für die SPD gefährlich, weil sich auch jene Aufstiegswilligen angesprochen fühlen, die hart dafür arbeiten, eines Tages selbst zu den Reichen und Besserverdienern zu gehören. Aufstiegsmobilität würde bestraft. So treibt man schon die untere Mittelschicht in die Arme von CDU/CSU und FDP. 5. Olaf Scholz ist als Protagonist einer Steuererhöhungspolitik persönlich unglaublich. Er war der SPD-Generalsekretär in den Jahren der Agenda 2010 und hat davor und danach ein Leben als Sozialdemokrat in der Tradition von Helmut Schmidt und Gerhard Schröder gelebt. Die eigene Biografie passt also nicht zur einstudierten Kevin-Kühnert-Pose, die er sich für den Wahlkampf offenbar vorgenommen hat. Fazit: Es gibt viele Wege, eine Bundestagswahl zu verlieren. Mit dem Versprechen auf Steuererhöhung wählt Olaf Scholz den sichersten. Aktuelle News zur Corona-Pandemie im Ticker - RKI meldet 9997 Neuinfektionen - Inzidenz steigt, R-Wert jetzt über 1,0 Surftipps:

D.2.9. 193.json

Eigenschaft	Wert
a_id	WiANisbdq6PUI3MzyxtNGddmFF8=

Eigenschaft	Wert
a_publication	insm_presse
a_date	2021-02-25T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/populistische-klassenkaempferattitude-statt-wachstumsfoerdernde-s
b_id	wCbnNC8leiWSMqWqN+hhcgsOEQk=
b_publication	sternde
b_date	2021-03-01T00:00:00
b_author	Eugen Epp
b_url	https://www.stern.de/wirtschaft/news/suedamerikanische-laender-fuehren-reichensteuer-ein---vorbild-fuer-e.html
scores	{"1": 0.2652439024390244, "3": 0.044977511244377814, "5": 0.03560830860534125, "hapax": 0.10833333333333334}

Text A

Populistische Klassenkämpferattitüde statt wachstumsfördernde Sachpolitik

Bundesfinanzminister Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. 25. Februar 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen derzeit mehr als die Hälfte des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens. 30 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen gar keine Lohn- oder Einkommensteuer. Was meint also Bundesfinanzminister Olaf Scholz, wenn er fordert, „dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können“? Diese Forderung ist längst erfüllt, was er als Finanzminister besser als alle anderen wissen müsste. Unter den OECD-Staaten gibt es nur wenige Länder, die faktisch eine höhere Umverteilung erreichen. Die Corona-Krise hat die Lastenverteilung sogar weiter zu ungünsten der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Erste Studien zu den Verteilungswirkungen der Corona-Krise zeigen, dass die Verluste an verfügbaren Einkommen vor allem bei den oberen 10 Prozent zu finden sind. Während für die unteren Einkommen Ausgleichsmechanismen durch Sozialleistungen greifen, schlagen die Veränderungen der Markteinkommen am oberen Ende der Verteilung auf das verfügbare Einkommen durch. Scholz fordert zusätzliche Steuereinnahmen

durch die Reaktivierung der Vermögensteuer vorgeblich „damit Länder und Kommunen mehr Geld für die Infrastruktur, die Kitas, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Polizei zur Verfügung haben“. Scholz tut so, als kenne er die Entwicklung der Steuereinnahmen der vergangenen zehn Jahre nicht. Fakt ist, dass die Steuereinnahmen zwischen 2010 und 2019 um 75 Prozent gestiegen sind, während die Einkommen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Schnitt nur um knapp 30 Prozent gestiegen sind. Die Staatskasse hat vom letzten Aufschwung deutlich stärker profitiert als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr, vermutet, dass der SPD-Kanzlerkandidat aktuell mit der Aufstellung eines verfassungskonformen Bundeshaushalts überfordert ist und dafür die Schuld bei anderen sucht. „Mit seiner populistischen Klassenkämpferattitüde versucht Scholz die Lücken in seiner Haushaltplanung zu überdecken, statt sich Gedanken um eine wachstumsfördernde Sachpolitik zu machen. Er weiß ganz genau, dass wir die Folgen der Krise nur durch erhöhtes Wachstum bewältigen können. Statt Wachstumsimpulse zu entwickeln, macht er sich lieber Gedanken, wie der Staat künftige Mehreinnahmen generieren kann. Kein Wunder, dass Scholz auch auf die rund elf Milliarden Euro nicht verzichten will, die ihm der Fortbestand des Solis weiterhin in die Kasse spült. Der Soli war aber nicht als Haushaltsdoping für überforderte Finanzminister gedacht, sondern als solidarischer Beitrag aller Steuerzahlenden zu den Kosten der Deutschen Einheit. Diese Rechnung wurde inzwischen beglichen, weshalb der Soli nicht nur für manche, sondern für alle entfallen muss. Alles andere wäre obendrein verfassungswidrig. Wer da mit Entscheidungen ‚gegen das Volk‘ argumentiert, bedient sich nicht nur sprachlich an der Argumentationsweise von Populisten.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Südamerikanische Länder lassen die Reichen für die Pandemie zahlen – ein Vorbild für Europa?

Die Corona-Krise ist auch für die Staatskassen eine enorme Belastung – vor allem in solchen Ländern, in denen die finanzielle Lage schon vor der Pandemie angespannt war. Gleichzeitig lässt die Krise die Kluft zwischen Reichen und Armen in einer Gesellschaft immer größer werden. Was also tun? Einige südamerikanische Länder haben ihre Antwort darauf gefunden: Sie belegen vermögende Bürger mit höheren Steuern. In Argentinien ist ein solches Gesetz Ende des vergangenen Jahres verabschiedet worden. Menschen, die mehr als 200 Millionen Pesos – umgerechnet etwa 1,9 Millionen

Euro – besitzen, müssen eine einmalige Abgabe zahlen. Diese beträgt bis zu 3,5 Prozent des Vermögens im Inland, für das Vermögen im Ausland werden bis zu fünf Prozent fällig. Bolivien hat einen ähnlichen Weg eingeschlagen: Dort sind allerdings nur Vermögen ab etwa 3,6 Millionen Euro von der Sonderabgabe betroffen. Argentinien führt Abgabe für Reiche ein Mit diesen "Robin HoodGesetzen hoffen die Regierungen, die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Staatshaushalt aufzufangen. In Bolivien wird die Abgabe dennoch als eher symbolisch angesehen: Nur etwa 150 Menschen besitzen überhaupt so viel Geld, dass sie die Steuer entrichten müssen. Argentinien dagegen will von seinen 12.000 reichsten Einwohnern fast drei Milliarden Euro einnehmen. In dem Land leben mehr als 40 Prozent der Bürger unter der Armutsgrenze, der Staat ist chronisch verschuldet. In der Krise verschärft sich beides. Solidarität – im Notfall per Gesetz erzwungen – soll den Trend zumindest abmildern. Die medizinische Versorgung soll verbessert werden, kleinere Unternehmen und sozial benachteiligte Schichten sollen von dem Geld profitieren. Liquidität ist das Problem Dennoch ist das Gesetz in Argentinien schwer umstritten. Experten gehen davon aus, dass das Verfassungsgericht darüber entscheiden werden muss. Schon jetzt seien es die Steuerzahler "leid, alleine die Lasten eines aufgeblähten Staatsapparats zu schultern", sagte der argentinische Steuerexperte César Litvin der Deutschen Welle. Einige wohlhabende Argentinier müssten bereits Besitz verkaufen, um die Zahlung leisten zu können, berichtet die "Washington Post". Viele könnten nicht so schnell auf ihr Vermögen zugreifen: "Man kann Jeff Bezos mit einer Milliarde Dollar besteuern, aber hätte er immer eine Milliarde Dollar in bar zur Verfügung?", skizziert Pascal Saint-Amans, Direktor des OECD-Zentrums für Steuerpolitik, in der Zeitung das Problem. Auch die Opposition in Argentinien sieht Nachteile: Sie befürchtet, dass in Zukunft Investitionen ausbleiben könnten, was zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen würde. Reichensteuer – auch ein Thema im Bundestagswahlkampf Andere Länder blicken gespannt nach Südamerika. In Argentinien und Bolivien wird etwas umgesetzt, was auch in Europa ebenfalls immer wieder zur Diskussion steht – so könnten die südamerikanischen Modelle zum Vorbild werden. Die Tendenz, dass sich die Reichen sehr schnell von der Krise erholt oder sogar von ihr profitiert haben, während der ärmere Teil der Bevölkerung leidet, zeigt sich weltweit. In Großbritannien hat eine eigens eingerichtete Kommission empfohlen, zumindest über die Einführung einer Reichensteuer nachzudenken statt die Einkommens- und Mehrwertsteuer für alle anzuheben. Spanien plant eine Abgabe ab 200.000 Euro Jahreseinkommen. In Deutschland wird das Thema auch im anstehenden Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen. SPD-

Kanzlerkandidat Olaf Scholz forderte kürzlich in der "Rheinischen Post", "dass die, die sehr viel verdienen, einen etwas größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, damit die unteren und mittleren Einkommen etwas entlastet werden können". Die Linke hat konkretere Vorstellungen: Der Bundestagsabgeordnete und Finanzexperte Fabio di Masio hat schon im vergangenen Herbst eine Abgabe vorgeschlagen, die auf persönliches Vermögen über zwei Millionen und Betriebsvermögen über fünf Millionen Euro erhoben werden soll. Davon wären 0,7 Prozent der Bevölkerung betroffen. Quellen: Deutsche Welle / Spiegel / Washington Post / Rheinische Post / Der Standard

D.3. Modell 5

D.3.1. 2.json

Eigenschaft	Wert
a_id	OZVykqRNdotzo49QBq2Ksnw0GUM=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-03-10T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/coronabedingte-bildungsdefizite-aufdecken-und-beheben
b_id	cIGJODHigbyB0YzBMcUbLCr72I0=
b_publication	FAZ_Politik
b_date	2021-03-09T00:00:00
b_author	Heike Schmoll
b_url	https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schulunterricht-im-lockdown-die-meisten-schueler-erreicht-17234827.html
scores	{"1": 0.31693989071038253, "2": 0.16519174041297935, "3": 0.1205298013245033, "4": 0.1038961038961039, "5": 0.09208819714656291, "hapax": 0.17518248175182483, "1_mod": 0, "2_mod": 0.22591943957968477, "3_mod": 0.1117861482381531, "4_mod": 0.10230179028132992, "5_mod": 0.09137709137709138}

Text A

INSM-Bildungsmonitor Themenspezial: Schulöffnung

Einer zügigen und verantwortungsvollen Rückkehr in den Präsenzunter-

richt muss eine möglichst umfassende bundesweite Lernstandserhebung folgen. Andernfalls werden vorhandene Bildungslücken nicht, oder nicht rechtzeitig erkannt. Nur bekannte und dokumentierte Defizite können ausreichend gezielt, schnell und nachhaltig behoben werden. 10. März 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Studie herunterladen (PDF) In einem INSM-Bildungsmonitor Themenspezial des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zur „Schulischen Bildung in Zeiten der Corona-Krise“ kommen Dr. Christina Anger und Prof. Dr. Axel Plünnecke zu zwei zentralen Empfehlungen: Messen und Fördern. Nach Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts sollten schnellstmöglich Lernstandserhebungen in möglichst vielen Klassenstufen durchgeführt werden. So könne ein Überblick gewonnen werden, wie groß die Lernlücken ausfallen und welche Kinder besonderen Nachholbedarf haben. Als Vorlage für solche Lernstandserhebungen empfiehlt die IW-Studie das Programm „Kompetenzen ermitteln“ (KERMIT) aus Hamburg. Auf der Basis solcher Ergebnisse könnten zusätzliche Lernangebote passgenauer vorbereitet werden. Diese Lernangebote sollten durch zusätzliche Unterstützung durch Lehrmaterialien oder zusätzlichen Förderunterricht am Nachmittag, an Samstagen und in den Schulferien erfolgen. Für diese Angebote werden hohe Kosten entstehen, die jedoch geringer seien als die Folgekosten mangelnder Bildung. Wie hoch die Kosten für entsprechende Fördermaßnahmen sein werden, kann augenblicklich nur grob kalkuliert werden, da noch kein umfassender Überblick über die tatsächlichen Lernrückstände der Schüler vorliegt. Das IW schätzt, dass für alle Schüler mit größeren Lernrückständen durch entsprechende Fördermaßnahmen ungefähr Kosten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro anfallen. Der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr, fordert die bildungsverantwortlichen Politikerinnen und Politiker in Bund und Ländern auf, sich auf möglichst einheitliche und vergleichbare Lernstandserhebungen zu einigen und die Voraussetzungen für verstärkten Förderunterricht zu schaffen. „Der bildungspolitische Blindflug muss so schnell wie möglich beendet werden. So wichtig wie die Schnelltests bei der Rückkehr zu einem sicheren Präsenzunterricht sind, so wichtig sind Lernstandserhebungen bei der Schließung von Bildungslücken. Wer sich jetzt nicht schnell und umfassend einen Überblick über die vorhandenen Bildungslücken verschafft, kann diese auch nicht schnell, zielgenau und umfassend schließen. Das schadet vor allem den Kindern, die es ohnehin schwer haben und deren Eltern nicht als Hilfslehrer einspringen konnten. Wer es mit der Chancengerechtigkeit ernst meint, muss entstandene Bildungsdefizite transparent aufdecken und dann entschlossen beheben. Wer einfach das Sitzenbleiben erleichtert, meint es mit der Chan-

cengerechtigkeit offensichtlich nicht ganz so ernst. Dieser bildungspolitische Offenbarungseid wäre besser in der Schublade geblieben.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Studie zum Schulunterricht: Auch im Lockdown wurden die meisten Schüler erreicht

Unterrichtsbeginn in einer Schule in Frankfurt nach der Wiedereröffnung Ende Februar Bild: Lucas Bäuml Die Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern hat während des ersten Lockdowns laut einer Studie besser funktioniert als erwartet. Dennoch benötigen viele Schüler dringend mehr Unterstützung. 2 Min. Permalink: <https://www.faz.net/-gpg-a9eh7> Die Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern konnte während des Lockdowns im Frühjahr vergangenen Jahres besser aufrechterhalten werden als bisher gedacht. Die Schüler wurden in der Regel von den Schulen erreicht. Das geht aus einer Befragung von rund 800 Schulleitern der Primarstufe und der Sekundarstufe I in sieben Bundesländern hervor. Politische Korrespondentin in Berlin, zuständig für die „Bildungswelten“. Durchgeführt wurde die Erhebung vom Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik in Kiel (IPN), von der Universität Hamburg und von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA). Alle drei Institutionen wollen die durch die Pandemie verursachten Veränderungsprozesse langfristig begleiten und unterstützen. Für das Frühjahr dieses Jahres ist eine Lehrerbefragung geplant. Jeder Fünfte hat kein digitales Endgerät Nur 3,6 Prozent der Schulleiter sagen, dass weniger als 80 Prozent der Schüler erreicht werden konnten, knapp 40 Prozent waren sich sicher, dass die Kommunikation mit 90 Prozent der Schüler aufrechterhalten werden konnte. Knapp 97 Prozent der Schulen gaben auch an, sich nach der ersten pandemiebedingten Schulschließung auf einen weiteren Lockdown und auf eine Fortsetzung des Distanzlernens eingestellt zu haben (94 Prozent der Schulleiter in der Sekundarstufe I und 84 Prozent in der Primarstufe). Die meisten Schüler verfügten auch über digitale Endgeräte, bei 20 Prozent der Schüler fehle allerdings eine solche Ausstattung. Der Leiter der Studie und des IPN, Olaf Köller, sagte, je mehr Kinder mit Migrationshintergrund, sonderpädagogischem Förderbedarf oder aus sozial schwachen Familien an Schulen seien, desto seltener stehe nach Aussage der Schulleitungen ein Endgerät zur Verfügung. Diese Schüler bräuchten dringend Unterstützung. In einem kurzen Exkurs stellt die Studie auch die Situation bei den dänischen Nachbarn dar. Dort

haben alle Schulen einen Internetanschluss und 84 Prozent der Schulen haben ein Intranet mit Lernanwendungen. 83 Prozent haben außerdem eine IT-Fachkraft für den technischen Support. Fast alle Lehrer haben ein tragbares digitales Endgerät zur professionellen Nutzung von ihrer Schule bekommen. 90 Prozent der Schüler bringen eigene Geräte regelmäßig mit in den Unterricht, alle anderen bekommen ein Schulgerät. Dänische Lehrer kooperieren intensiv bei der Nutzung digitaler Lernanwendungen. Viele Schulen hätten nach der Wiedereröffnung der Schulen auch zusätzliche Angebote gemacht, um die während des Lockdowns erlittenen Lernverluste auszugleichen. Arbeitsmaterialien wurden in der Primarstufe oft per Post oder auf Papier zum Abholen zur Verfügung gestellt. Außerdem war eine Konzentration auf die Kernfächer erkennbar. In der Sekundarstufe I gab es mehr digitale Angebote. Forderung nach einheitlichen Lernstandserhebungen In einer Kurzstudie zum Bildungsbarometer 2021 fordert die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) nicht nur, den Ausbau der Digitalisierung an Schulen zu beschleunigen. Sie spricht sich auch für umfassende Lernstandserhebungen aus. Als Vorlage dazu könnte das Hamburger Programm „Kompetenzen ermitteln“ (Kermit) dienen, heißt es in der Studie, die der F.A.Z. vorliegt. Kermit überprüft mit standardisierten Tests, ob der Leistungsstand der Schüler den Bildungsplänen und Bildungsstandards entspricht. Auf der Basis solcher Ergebnisse könnten zusätzliche Lernangebote passgenauer vorbereitet werden. Die Lernangebote sollten durch Lehrmaterialien und zusätzlichen Förderunterricht am Nachmittag, an Samstagen und in den Schulferien ergänzt werden. Der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr, forderte die Bildungspolitiker in Bund und Ländern auf, sich auf möglichst einheitliche Lernstandserhebungen zu verständigen. „So wichtig wie die Schnelltests bei der Rückkehr zu einem sicheren Präsenzunterricht sind, so wichtig sind Lernstandserhebungen bei der Schließung von Bildungslücken“, sagte er. „Wer einfach das Sitzenbleiben erleichtert, meint es mit der Chancengerechtigkeit offensichtlich nicht ganz so ernst. Dieser bildungspolitische Offenbarungseid wäre besser in der Schublade geblieben“. Quelle: FAZ.NET Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro gerät zunehmend unter Druck. Aus Protest gegen sein Corona-Krisenmanagement gingen zehntausende Menschen auf die Straße. Neue Nahrung erhält die Kritik durch die Vorermittlungen zu seiner Rolle in einem mutmaßlichen Korruptionsfall. Der Sommer 2021 wartet mit heftigen Gewittern, Starkregen und Hagelschlag auf. Dabei entstehen gewaltige Wolkentürme, von denen sich manche in wahre Monster verwandeln, und denen Stormchaser jetzt im Dienst der Forschung hinterherjagen.

D.3.2. 3.json

Eigenschaft	Wert
a_id	PFKt7wMSqM8rzCQo6SGcdpZ/Z3o=
a_publication	insm_presse
a_date	2021-06-07T00:00:00
a_author	None
a_url	https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/retenversprechen-von-gruenen-spd-und-linken-kosten-64-milliarden
b_id	aWRPCLdsn6vSqJiY9U+814Lit5k=
b_publication	ntvde
b_date	2021-06-10T00:00:00
b_author	n-tv NACHRICHTEN
b_url	https://www.n-tv.de/politik/Okonomen-fordern-ab-2052-Rente-mit-70-article22608021.html
scores	{"1": 0.4009433962264151, "2": 0.13705583756345177, "3": 0.05034324942791762, "4": 0.030973451327433628, "5": 0.026373626373626374, "hapax": 0.2013888888888889, "1_mod": 0, "2_mod": 0.17304747320061256, "3_mod": 0, "4_mod": 0.031315240083507306, "5_mod": 0.02553191489361702}

Text A

Was kosten die Rentenversprechen der Parteien?

Die Stimmen von Rentnerinnen und Rentnern sind im Wahlkampf heiß begehrte. Grüne und SPD locken mit dem Versprechen, das sogenannte Rentenniveau dauerhaft nicht unter 48 Prozent sinken zu lassen, DIE LINKE fordert sogar 53 Prozent. 7. Juni 2021 Pressemitteilung herunterladen (PDF) Zur Studie (PDF) Zum Parteiprogramm-Check (PDF) Allein das 48-Prozent-Ziel würde im Jahr 2040 die Beitrags- und Steuerzahlenden voraussichtlich 64 Milliarden Euro zusätzlich kosten, so das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einem Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr, warnt vor einem erneuten Überbietungswettkampf mit rentenpolitischen Versprechen. „Was als vermeintliche Wohltat angepriesen wird, entpuppt sich schnell als Kostenfalle für künftige Generationen. Die Politik muss aufhören, auf Kosten der Jüngeren auf Stimmenfang bei den Älteren zu gehen.

Schon die Belastungen der Rente mit 63 und der Mütterrente bringen das Rentensystem an den Rand der Finanzierbarkeit. Dabei wären mehr Gerechtigkeit und langfristige Stabilität mit vergleichsweise überschaubaren Eingriffen machbar. Die von uns seit Langem geforderte sozial verträgliche Neujustierung des Nachhaltigkeitsfaktors und des Renteneintrittsalters würden das bewährte System stabilisieren und nachhaltiger finanzieren. Ohne dass dabei eine Generation gegenüber der anderen benachteiligt wird.“ Wie sehr die gesetzliche Rente in Deutschland auf ein Finanzierungsproblem zusteht, machte heute auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium klar. Die FAZ zitiert den Vorsitzenden des Beirats zu den Auswirkungen einer Verlängerung der „doppelten Haltelinie“ mit den Worten: „Das würde den Bundeshaushalt sprengen und wäre auch mit massiven Steuererhöhungen nicht finanzierbar.“ Die INSM fordert daher, statt das ohnehin demografisch strapazierte Rentensystem zusätzlich zu belasten, stabilisierende Reformen zur gerechteren Verteilung der Belastung zu beschließen. Und das spätestens in der kommenden Legislaturperiode. In einem Update des „Generationenchecks“ hat das IW berechnet, wie eine gerechtere und weitsichtigere Politik für sicherere Renten und finanzierbare Beiträge sorgen könnte. Ohne weitere Reformen würde der demografische Wandel im Jahr 2040 (2060) zu einem Beitragssatz von 22,1 (23,6) Prozent führen. Das Sicherungsniveau läge dann bei 45,8 (44,4) Prozent. Würde man den Vorschlag der INSM umsetzen und den Nachholfaktor wieder aktivieren, den Nachhaltigkeitsfaktor fairer gestalten und die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung koppeln, ließe sich das Sicherungsniveau 2040 (2060) bei 44,8 (43,9) Prozent und der Beitragssatz ab 2040 bei 20,8 Prozent dauerhaft stabilisieren. Studienleiter Dr. Jochen Pimpertz: „Die bis zum Jahr 2030 gesetzlich definierten Haltelinien von maximal 22 Prozent Beitragssatz und mindestens 43 Prozent Sicherungsniveau würden sogar bis zum Jahr 2060 eingehalten und damit die Anfang des Jahrtausends neu justierte ‚Generationenbalance‘ nachhaltig gesichert.“ Pressesprecher Tel.: 030-27877 174 Fax.: 030-27877 181 E-Mail: hennet@insm.de Twitter: @INSMPresse

Text B

Ökonomen fordern ab 2052 "Rente mit 70"

Nur so bleiben Beiträge stabil Ökonomen fordern ab 2052 "Rente mit 70" Viele Parteien haben sich bereits klar gegen die Rente mit 68 ausgesprochen, da gehen die Pläne des Instituts der deutschen Wirtschaft noch weiter: Nach einer Studie müsste das Eintrittsalter ab 2052 sogar auf 70 Jahre angehoben werden. Den Berechnungen zufolge lohnt sich das für die

Rentner. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre ab dem Jahr 2052 gefordert. Die von Regierungsberatern in dieser Woche geforderte Erhöhung des Rentenalters auf lediglich 68 Jahre ab Anfang 2040-er Jahre werde nicht ausreichen, um den Renten-Beitragssatz dauerhaft unter der politisch erwünschten Haltelinie von 22 Prozent zu stabilisieren, heißt es in einer noch unveröffentlichten Studie des Kölner Instituts, die bisher nur der "Rheinischen Post" vorliegt. Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung werde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung unweigerlich steigen - trotz eines gleichzeitig sinkenden Rentenniveaus und trotz der Rente mit 67, heißt es in der Studie. "Mit einer fortgesetzten Anhebung der Regelaltersgrenze bis auf 70 Jahre ab 2052 ließe sich der Beitragssatzanstieg aber bremsen und gleichzeitig das Sicherungsniveau stabilisieren", rät IW-Studienautor Jochen Pimpertz laut Rheinischer Post. Rente fällt bei geringerem Beitrag höher aus Würde das Rentenalter ab 2031 pro Jahr weiter um zwei Monate schrittweise angehoben, läge das Rentenalter 2052 bei 70 Jahren und könnte dort fixiert werden, heißt es weiter. In diesem Fall würde der Beitragssatz 2040 bei 21,4 Prozent eines Brutto-Monatsgehalts und 2060 bei 21,3 Prozent dauerhaft stabilisiert werden können. Er läge damit um 2,3 Prozentpunkte niedriger, als wenn das Rentenalter von 67 Jahren beibehalten würde. Das Rentenniveau läge beim weiteren Anstieg des Rentenalters auf 70 im Jahr 2040 bei 46,3 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitnehmer-Gehalts und im Jahr 2060 bei 45,6 Prozent - und damit um 1,2 Punkte höher als bei Beibehaltung der Rente mit 67. "Mit einer weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze nach 2031 können also bei gleichzeitiger Verlängerung des Erwerbslebens die bis 2030 definierten Haltelinien von maximal 22 Prozent Beitragssatz und mindestens 43 Prozent Sicherungsniveau dauerhaft unterschritten beziehungsweise übertrifft werden", resümiert die Studie. Auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hatte am Montag empfohlen, das Renteneintrittsalter ab 2031 weiter schrittweise anzuheben und an die gestiegene Lebenserwartung zu koppeln - und damit heftigen Widerspruch der Parteien ausgelöst. Es müsse über 67 Jahre hinaus erhöht werden, um auch künftigen Generationen eine Rente wie den aktuellen Rentnergenerationen zu ermöglichen, lautete der Appell der Regierungsberater. Ab 2042 würde nach der Empfehlung des Beirats das Rentenalter von 68 Jahren erreicht.

Quelle: ntv.de, als